

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

28 (3.2.1913)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 P.; am Postkassett 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 Uhr. Postschekkonto Nr. 2060. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die Spaltige, 11 Zeile, ober deren Raum 20 S. Totalinsetate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Auflösung.

Es löst sich etwas auf, man weiß nur nicht recht was. Im Parlament und in der Presse diskutiert man mit Eifer eine mögliche Auflösung des Reichstags. Andere wieder wollen wissen, daß umgekehrt die Auflösung der Regierung des Herrn v. Bethmann-Hollweg eine Frage der nächsten Zeit sei. Man behauptet, daß die neue Militärvorlage, die nun wirklich und bestimmt kommt, nicht mehr vom Kriegsminister v. Seeringer vertreten werden solle, ebensowenig wie die kommende und noch immer bestig umstrittene Besitzsteuer durch den Schatzsekretär Kühn. Der Staatssekretär des Innern, Herr Delbrück, lebt im offenen Krieg mit seinem preußischen Kollegen, dem Herrn v. Dallwitz, und wer von beiden unter den gegenwärtigen Verhältnissen der härtere ist, kann kaum fraglich sein. Offiziös ist das alles natürlich nicht wahr, sind die Staatssekretäre und Minister, die sich malerisch um die bedeutende Persönlichkeit des Herrn v. Bethmann gruppieren, ein Herz und eine Seele. Aber trotzdem weiß man, was man weiß, und selbst der Blinde fühlt, daß der Boden schwankt und ein Prozeß der Auflösung und Auflösung begonnen hat, dessen Ende noch niemand voraussieht.

Herr v. Bethmann-Hollweg darf nach der Abtötung vom Donnerstag ein knappes Viertel der deutschen Volksworte zu seinen zuverlässigen Anhängern zählen. Als preußischer Ministerpräsident hat er sich im Reichstag die fürchterliche Niederlage geholt. Kann er nun wenigstens auf die unbedingte Herrschaft des preußischen Landtags rechnen? Man lese die Debatte, die am letzten Freitag bei der zweiten Lesung des Etats des Innern im preußischen Dreiklassenhaufe geführt worden ist! Aus den Reden, die dort gehalten wurden, spricht ein nur zu begreiflicher, unüberlegbarer, wütender Haß gegen die Sozialdemokratie. Spricht aber aus ihnen etwa Vertrauen zur gegenwärtigen Regierung? Nein, dieselbe Minderheit, die im Reichstag Herrn v. Bethmann die Stange hält und die in der vereinigten Welt des preußischen Dreiklassenwahlrechts eine überwältigende Mehrheit darstellt, richtet im Abgeordnetenhaufe die spitzigsten Pfeile ihrer Kritik gegen die Regierung, die sie — nach dem offenen Wort des Herrn v. Kardorff — scharf machen will, weil sie ihr eben noch nicht scharf genug ist. Man darf zur politischen Intelligenz der Rechten immer noch soviel Vertrauen haben, ihr nicht zuzumuten, daß sie ernstlich eine Bekämpfung der Sozialdemokratie durch Ausnahmegesetze noch für möglich halte. Aber sie fordert von der Regierung eben das Unmögliche, um ihr Ungelegenheiten zu machen, weil ihr die ganze Richtung oder Richtungslosigkeit nicht paßt.

Vielleicht äußert sich Herr v. Bethmann-Hollweg bei der bevorstehenden Debatte über sein Reichstanzlergehalt einmal zu der sehr interessanten Frage, auf welche Umstände er seinen Anspruch gründet, das Reich und Preußen noch weiter zu regieren. Der Reichstag ist gegen ihn, der preußische Landtag ist nicht für ihn, die Minister stehen nicht hinter ihm, die einzelstaatlichen Regierungen opponieren gegen ihn. Mit seinem besten Freund, dem Zentrum, hat er sich sehr gegen seinen Willen durch allerhand Miß- und Ungeläch verbracht. Die Linke mißtraut ihm, die Mitte mißbilligt ihn und die Rechte findet ihn zu schlapp. Was bleibt ihm noch übrig? Natürlich, das Vertrauen des allerhöchsten Arbeitgebers. Wenn alle untreu werden, so bleib ich dir doch treu. Fragt sich nur, wie lange?

Aber wer erklärt nun das Rätsel der Militärvorlage? Wie kommt es, daß das, was vor einem Jahr noch für durchaus ausreichend erklärt wurde, nun auf einmal als gänzlich ungenügend gelten soll, und daß man in der verworrensten Situation, die das Reich und der Reichstag erlebt haben, den Bewilligungseifer des Parlaments der denkbar schwersten Belastungsprobe unterwerfen will? Ist der Sieg der Militärpartei in dem Kampfe, der da hinter den Kulissen geführt wurde, nur einer jener blinden Zufälle, von denen das Reich so oft regiert wird, oder verbirgt sich hinter dem hinverbraamt erscheinenden Plan so etwas wie eine politische Absicht? Will der Reichstanzler zeigen, daß er, wenn es aufs Wiegeln und Brechen ankommt, das Zentrum trotz allen Oppositionsgeräus noch immer in der Hand hat, oder handelt er gar, wie man an manchen Stellen vermutet, in heimlichem Einverständnis mit maßgebenden Zentrumsführern, um durch eine Konfliktkomödie, die in einer Auflösung des Reichstags gipfeln soll, sich und dem Zentrum Luft zu verschaffen?

Der Beantwortung dieser Fragen wird man ohne Nervosität entgegensehen dürfen. Mag sein, daß die Sache schließlich auf Kaiserjubiläumswahlen mit einem allgemeinen Kesseltreiben gegen die Sozialdemokratie hinausläuft. Herr Wasserhagen hat ja schon in Magdeburg von einem möglichen Appell an das Volk gesprochen, und es wäre nicht die Art der Sozialdemokratie, einem solchen Appell an das Volk aus dem Wege zu gehen. Wenn die Herren uns zu sprechen wünschen, sind wir jederzeit zur Stelle. Es mag auch sein, obgleich es nicht zu sein braucht, daß man der Sozialdemokratie mit Hilfe der Fortschrittler ein paar Mandate abnehmen könnte. Denn wenn die Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen der

ihrer Wählerzahl entsprechenden Mandatszahl etwas näher als sonst gekommen ist, so verdankt sie das außerordentlichen Umständen und diese Umstände können sich wieder ändern. Es ist aber ein verhängnisvoller Selbstbetrug der Staatserhaltenden, wenn sie glauben, durch solche Kunststücke der Macht der Sozialdemokratie dauernd Eintrag tun zu können. Auf die Wahlen von 1887 folgte der sozialdemokratische Sieg von 1890, auf 1907 folgte 1912.

Nun ist freilich das Regieren von heute nicht mehr als ein Leben von der Hand in den Mund. Man scheut sich nicht, in der Hoffnung, für den Augenblick kleine Erleichterungen zu gewinnen, der Sache, der man dienen will, dauernden und nachhaltigen Schaden zuzufügen. Fürst Bismarck mit seinem sagenberühmten Hock war nur der Vorbereiter künftiger sozialdemokratischer Siege, und obwohl gerade er, soweit dabei Personen in Betracht kommen, der eigentliche Haupt Urheber der späteren sozialdemokratischen Erfolge war, lebt er in der liberalen Legende als Ueberwinder der Sozialdemokratie. Vielleicht lockt Herr v. Bethmann das gleiche Phantom. Aber im Grunde sind er und sein Vorgänger mit ihren Siegen und Niederlagen nur arme Schächer. Reichstanzler kommen und gehen. Die Sozialdemokratie bleibt und wächst. Überall zeigen sich Anzeichen der Verwirrung und Zersetzung, aber die Arbeiterbewegung marschiert in geschlossenen Kolonnen vorwärts. Wenn sich also auch manches und vieles auflöst, die Sozialdemokratie löst sich ganz bestimmt nicht auf. Diese Sicherheit mögen die Herren auf den Weg ihrer künftigen Entschlüsse mitnehmen. Krise, Bewegung, Kampf — es kommt in letzter Linie doch nur der Sozialdemokratie zugute und vielleicht nicht nur in letzter Linie, sondern diesmal auch in erster. Auch das wäre noch zu überlegen!

Allzu schablonenhaft angewendet und allzu oft wiederholt kann der Schwindel auch mißglücken und sich in seinen Wirkungen gegen die Schwindler selber wenden. Einstweilen ist ja die Militärvorlage auch noch nicht abgelehnt, ja noch nicht einmal eingebracht. Die vorläufigen Gerüchte von einer Auflösung des Reichstags sind nur der Reflex der an Bergzweiflung grenzenden Verwirrung, die in den oberen Regionen herrscht. Wir warten in Ruhe ab!

Was ist uns Afrika?

Der Neffe des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Crispi läßt Aufzeichnungen seines Onkels erscheinen aus denen im „N. Z.“ jetzt schon einige interessante Stellen wiedergegeben werden. Recht aktuell mutet u. a. ein Gespräch mit Crispi aus dem Jahre 1889 an, das mit der türkischen Frage beginnt, um mit einem Urteil über den Wert der afrikanischen Kolonialbesitzungen Deutschlands wie Italiens drastisch genug zu enden. Crispi gibt dieses Gespräch, also wieder:

Wismarck: Haben Sie noch Zweifigkeiten mit den Türken?
Crispi: Das ist eine Bestie und weiß nicht, was es tut!

Wismarck: Sie haben recht. Aber die Bestien muß man zähmen, nicht schlagen... Gehen Sie nach Afrika?
Crispi: Unmöglichlicherweise sind wir schon dort. Man muß nun Mittel und Wege finden, um dort wenigstens gut bleiben zu können.

Wismarck: Die Engländer haben das eroberte Abyssinien gleich wieder geräumt. Wäre es möglich gewesen, es zu kolonisieren, so wären sie geblieben.
Crispi: Die Engländer verfolgten mit ihrer Expedition keinen anderen Zweck als jenen, den Abessinien einen Beweis ihrer Macht zu geben... Nein, Italien und Deutschland sind zu spät gekommen. In Asien, Afrika und Amerika haben wir alles kulturbereitbare Land schon besetzt gefunden und es bleibt uns wenig mehr zu tun.

Wismarck: Wollen Sie die deutschen Besitzungen in Afrika verkaufen?
Crispi: Durchlaucht, ich bin bereit, Ihnen die italienischen zu verkaufen.

Nicht ohne ästhetisches Vergnügen liest man diese Unterhaltung der beiden gerissenen Handelsleute. Sie wissen beide, was sie an Afrika haben, möchten einer den andern gern pressen und haben vor der Schlarbeit des andern doch zuviel Respekt, um den Versuch über einen halben Scherz hinausgeraten zu lassen. Zur selben Zeit aber wurde die Sozialdemokratie als Vaterlandsverräterin verpöndelt, warum? Je nun, weil sie über den Wert der afrikanischen Besitzungen genau so sprach, wie Wismarck im stillen dachte.

Prinzenversorgung.

In der Münchener „Post“ lesen wir: Ein Sohn des Prinzen Adalbert weiswurtstieligen Angebendens hat Medizin studiert und übt sie leider auch aus. Mancher arme Patient in Münchener Krankenhäusern ging ihm ans Messer — die Hobeit bildet sich nämlich das Chirurgische ein! — grauenvolle Szenen spielten sich bei diesen Operationen ab, bis die Münchener „Post“ der mörderischen Royalität der Ärzte ihrem prinziplichen Kollegen gegenüber feinerzeit ein Ende machte.

Seither hat der prinzipliche Mediziner im stillen sein Wesen getrieben und sich, einer angeborenen Neigung folgend, mehr auf die weibliche Praxis gelegt.

Es könnten Wundergeschichten davon erzählt werden, wenn nicht die Rücksicht auf die armen und einfältigen Opfer uns davon abhielte. Und im übrigen sind die Vorgänge in diesem Betrieb, soweit sie nicht in Körperverletzung ausarten, ja Privatfache der Willigen. Ob nun der hohen Gattin, was begreiflich wäre, die medizinische Liebhaberei ihres Ludwig Ferdinand auf die Herzen ging, ob es andere Gründe gab, die Praxis aus dem prinziplichen Palais zu verlegen — der hohe Arzt ging eines schönen Tages auf die Suche nach einer stürmischen Unterwelt für seine Heilkunst. Er fand offenbar nichts Passendes und wandte sich darum an den Helfer in allen prinziplichen Nöten, an den Minister des k. Hauses.

Und ihm wurde geholfen. Auf Verfügung des homogenen Ministers der Bildung, des Ritters v. Knilling, wurde dem Dr. med. Ludwig Ferdinand eine Unterfunst im alt. Reisingerianum eingeräumt. Die medizinische Fakultät legte zwar ihr Veto ein gegen diese offizielle Etablierung einer ihr in ihren Gefahren bekannnten prinziplich-poliklinischen Tätigkeit, allein Herr Knilling setzte sich darüber hinweg, wie die homogene christliche Regierung sich in Bayern überhaupt über Gesetz und Recht hinwegsetzt.

Im „Namen des Königs“ pleist das gegenwärtige Kabinett auf Verfassung und Verantwortlichkeit und „regiert“, daß es nur so kracht. Deswegen wird der Einspruch der Fakultät auch weiterhin nutzlos sein. Und uns bleibt nichts anderes übrig, als alle Patienten, und namentlich die jüngeren weiblichen, entschieden vor der prinziplichen Klinik zu warnen.

Dagegen wäre es den Homogenen zu empfehlen, daß sie ihre hoffähigen Gattinnen oder ihre Töchter einen Versuch mit prinziplicher Behandlung machen lassen.

Vielleicht verfahren sie dann doch mit dem prinziplichen Heilkünstler, wie der Hausknecht aus dem Kubierland mit dem Gaste im schwarzen Walfisch zu Askalon.

Das Finanzkomplott gegen China gescheitert.

Der chinesischen Jähigkeit ist das Bankfortium der sechs Mächte unterlegen. Die Anleiheverhandlungen mit dieser mächtigen Finanzgruppe waren zwar schon im November des vorigen Jahres zum Abbruch gekommen, weil Rußland und Japan — die beiden Staaten, die aus eigenem nicht einen Groschen zu leihen haben — mit der Anleihe Forderungen verknüpfen, deren Genüherung die Selbstentmannung Chinas bedeutet hätte. Der Druck des britischen Auswärtigen Amtes bewirkte aber, daß die chinesische Regierung erneut mit dem Sechs-Mächte-Konfortium in Verhandlungen trat, die auch schließlich zu einer Verständigung auf folgender Basis führten:

Die Anleihe im Betrage von 500 Millionen Mark sollte mit 5 Prozent verzinst werden, die Rückzahlung in 16 Jahren beginnen und nach fünfzig Jahren vollendet sein. Als Zinsicherheit dienen die Erträge der Salzsteuer; im Falle diese nicht genügen, soll die chinesische Regierung verpflichtet sein, von den Einkünften von vier näher bezeichneten Provinzen 10 Millionen Taels für die Zinszahlung zu reservieren. Ein Vorbehalt von 40 Millionen Mark sollte sofort gegen Staatskassenscheine gegeben werden. Bierzehn Tage nach Unterzeichnung des Vertrages hatte die Ausschreibung der Anleihe zu geschehen und wenn außergewöhnliche Umstände dies unmöglich machten, waren monatliche Vorschüsse von je 40 Millionen Mark zu leisten.

Die Bedingungen glaubte die chinesische Regierung akzeptieren zu dürfen. Im letzten Moment der Unterhandlungen kam es jedoch wiederum zu Differenzen wegen der Ernennung des ausländischen Finanzministers, den China selbst ernennen will, und wegen der Zahlung der Vorschüsse, die die Banken nur immer erst dann gewähren wollen, wenn sie es für nötig erachten. Es ist erklärlich, daß der Finanzminister über diese im letzten Augenblick gemachten Schwierigkeiten sehr ungehalten war. Er suchte Rat bei seinen Ministerkollegen. In einer kurz darauf folgenden Kabinettsitzung wurde der endgültige Abbruch der Verhandlungen mit dem Sechs-Mächte-Konfortium beschlossen und ihm dies am 19. Januar mitgeteilt.

Durch diesen energigen Entschluß hat China nun zwar keine Anleihe erreicht, wohl aber die Uneinigkeit, die Schwächung, wenn nicht die Auflösung dieser wucherischen Finanzclique. Der englisch-deutsche Teil der Gruppe ersuchte jetzt den Finanzminister, die Anleiheverhandlungen wieder zu eröffnen. Dabei gibt er seine Bereitschaft kund, für seinen Teil eine Anleihe ohne Zeitverlust zu gewähren.

Mit dem endgültigen Bruch mit dem Sechs-Mächte-Konfortium hat sich China die Möglichkeit geschaffen, mit andern Finanzsyndikaten in Verhandlung zu treten. Da man auf allen Plätzen des internationalen Geldmarktes sicher ist, daß das riesige Astenreich eine reichlich spendende Milchkuh ist, so fehlt es nicht an Angeboten. Eine belästigte Finanzgruppe hat 300 Millionen Mark angeboten

maschinen, gußeisene, verlaufen, sowie Reparaturen, abrikat, bei 622...
Deimling, Frahe Nr. 8, von 1741...
Nähmaschinen...
Hühner, habe meiner...
eine prämierte...
e Säger, und...
sowie sämtliche...
um jeden...
eis...
Sordier, Straße 35, 4. Et...
Springers...
zentod, in pulver...
entlos, ungeschädigt, in Wöbel, radikal...
Sittig, Preis 60...
zu. 30 u. 75 P...
holz, ummes, stez- und...
weise, sowie...
Indelholz, t fort 62495...
erchtold...
che 107...
darunt, 1 Sauer...
ziege, wegen...
u verkaufen. 6161...
Lauer, Springen...
ht los!
ekanntes...
Hor...
nach...
jessell...
der...
u...
g...
männlichen...
Ber sich also...
und bei la. Stoff...
die Grissen...
u Hüße nach dem...
umpp...
arbeiten...
der Steinhauser...
zu. Wuchelkall...
bräuten...
Ede der...
sind vom städt...
vormittags von...
n und mit ent...
Rittwoch, den...
erfolgen...
6317...
artes...
ter...
mann...
uhr...
er...
6309...
er. Karl...
Hencron...
sen, Au...
Thoma...
gen u. a...
reife...
6309...
er. Karl...
Hencron...
sen, Au...
Thoma...
gen u. a...
reife...

unter der Bedingung, daß für dieses Darlehen ausge-
dehnte Minengerechtigkeiten bewilligt werden. Diese
Kaufel brachte den belgischen Bankiers eine glatte Ableh-
nung. Ein amerikanisches Konjunktum ist unter viel libe-
raleren Bedingungen bereit, sofort 20 Millionen in barem
Gelde vorzuschießen. Hierüber wird zurzeit noch ver-
handelt.

So brennend wie am Ende des vorigen Jahres scheint
die Geldnot der chinesischen Regierung momentan nicht zu
sein. Der für eine leere Staatskasse schwierige Neujahr-
tag, an welchem in China, altem Brauche gemäß, alle
Jahresrechnungen und Gehälter der Staatsbeamten be-
zahlt werden müssen, ist glücklich vorüber. Dann machen
sich die wirtschaftlichen Folgen der Umwälzung des vori-
gen Jahres in den öffentlichen Kassen sehr günstige be-
merkbar. Handel und Gewerbe haben in kurzen Monaten
einen beispiellosen Aufschwung erlebt; an dem der Fiskus
seinen Anteil hat. Diese günstige Wendung stärkt die
Position der chinesischen Regierung bei der Suche nach
Anleihen und gestattet ihr, günstige Angebote abzuwarten.

Deutsche Politik.

Die neue Militärvorlage. Endlich wird der Versuch
unternommen, für die kommende Militärvorlage wenig-
stens den Schein einer Begründung zu geben. Die „Ber-
liner Politischen Nachrichten“ des Herrn Schweinburg,
die sich zu solchen Zwecken immer dienstwillig zur Ver-
fügung stellen, bringen einen offenbar im Kriegsmini-
sterium inspirierten Artikel, in dem zunächst zugegeben
wird, daß es Verwunderung erregen müßte, wenn schon
wieder eine neue umfassende Militärvorlage in Aussicht
stehe, nachdem erst zwei Jahre hintereinander eine Ver-
stärkung der Armee durchgeführt worden ist. Aber ein-
mal habe Frankreich durch ein neues Kaderegeseß sein Heer
beträchtlich verstärkt, zum andern habe der Balkankrieg
in ungleich höherem Maße als der russisch-japanische Krieg
ein zutreffendes Bild von dem gegeben, was in einem
kommenden Kriege nötig ist. Es entspreche durchaus dem
Geiste und der stetigen Übung unserer Seeresverwaltung,
solche Lehren ohne Verzug zu beherzigen und daraus die
praktischen Schlussfolgerungen für die Ausgestaltung der
Armee zu ziehen. Gerade in dieser bewährten Tradition
unserer Seeresverwaltung, stets sich alle Fortschritte der
Kriegswissenschaft und Kriegskunst anzueignen und so
unserer Armee einen Vorsprung vor den konkurrierenden
Heeren zu erhalten, habe Fürst Bismarck bekanntlich die
sicherste Gewähr für die Erhaltung des Friedens erblickt.
Auch die jetzt in Aussicht genommene beträchtliche
Verstärkung unseres Heeres habe daher in erster
Linie die Bedeutung verbesserter Sicherung des Friedens.
Die Betonung, die auf die Worte „beträchtliche Ver-
stärkung“ gelegt wird, läßt erkennen, daß die neuen For-
derungen ganz gewaltig sein werden. Darauf deutet auch
der Hinweis hin, daß das Volk eine neue namhafte
Versicherungsprämie zu leisten habe. Wenn
man aber bedenkt, welchen Schaden das Erwerbsleben
durch einen Krieg zu erleiden hätte, so müßten die ge-
forderten Opfer als gering betrachtet werden. Der Ar-
tikel schließt mit der Hoffnung, daß die bürgerlichen Par-
teien einmütig der neuen Seeresvorlage zustimmen
werden.

Das Verlangen nach Maschinengewehren. Der „Täg-
liche Rundschau“ spricht der in Konstantinopel tätige deutsche
Arzt Dr. Bieting-Pascha „aus der Seele“, der in der
„Deutschen Medizin. Wochenschrift“ ausführlich: „Die Mehr-
zahl der Verletzungen war durch Kleinkaliber, man-
nlicher Kal. 8 Millimeter, verursacht, darunter eine große
Zahl Maximverletzungen — ein medizinischer Beweis,
wie leistungsfähig die Maschinengewehre sind und eine
Mahnung mehr für Deutschland, darin nicht zurück-
bleiben.“ — Nun, der „Reichsbote“ sagt der Seeresver-
waltung bereits seinen Dank dafür, daß bis 1. April
alle fehlenden Maschinengewehr-Kompanien aufgestellt
sein werden. Dann kann ja das Schlachtfeld beginnen.

Auch die Matrikularbeiträge steigen. Es ist schon
lange her, seit die Einzelregierungen vom Reich auf

Grund der Klausel Frankenstein Geldbeträge aus den
indirekten Steuern überwiesen erhielten. Seit 1899 gibt
das Reich nicht nur keinen Soller mehr, sondern fordert
von den Einzelstaaten von Jahr zu Jahr steigend mehr
Zuschüsse, sogen. Matrikularbeiträge, zu den indirekten
Reichssteuern, so daß sich der Reichstag genötigt sah, dieser
Wirtschaft einen Riegel vorzuschieben, um die Einzel-
staaten nicht zum Ruin zu bringen. Die Einzelstaaten
dürfen regelmäßig nicht mehr als mit 40 Pf. Matrikular-
beitrag pro Kopf der Bevölkerung belastet werden; etwaige
Mehrlasten sind zu funden.

Die Matrikularbeiträge für das Jahr 1913 betragen
255 419 318 Mk., dies sind 8,41 Millionen Mark mehr wie
1912 und 43,42 Millionen Mark mehr wie 1911. Auf
Preußen entfällt eine Summe von 186 Millionen, auf
Bayern 23,01, auf Sachsen 19,01, auf Württemberg 9,08
u. s. w.

Ausland.

Chefverricht.

a. k. Ein sozialdemokratischer Gemeindevorsteher. Frauen-
stimmrecht. Wiener-Neustadt, die zweitgrößte Stadt
Niederösterreichs mit über 38 000 Einwohnern, eine bedeutende
Industrieort nahe der ungarischen Grenze, hat eine neue Ge-
meindevorwahl durchgeführt, die in mancher Hinsicht von-
bildlich ist. Zwar kennt sie eine Reihe Wahlbeschränkungen in
sozialer Hinsicht, wie das Erfordernis dreißigjähriger Anwesenheit,
aber sie ist bahnbrechend durch die Neuerungen des Verhältni-
snisseswahlrechts u. des Stimmrechts wenigstens der Neuzug-
wandernden Frauen. Die am 27. Januar erfolgte Wahl
brachte einen glänzenden Sieg unserer Genossen, die den Ruf
dieser roten Stadt, des Wahlbezirks Fernerhofers für das
Abgeordnetenhaus, erneuerte. Da auch die Massenwahl beibe-
halten ist, wählte nur der vierte Wahlkörper, in dem die Arbei-
ter mitstimmrechtig sind. Trotz der einschränkenden Bestim-
mungen entfielen von 4209 gültigen Stimmen 2180 auf die so-
zialdemokratische Liste, während die Deutschnationalen 1228,
die Christlichsozialen 806 Stimmen erhielten. Das Verhältnis
ist für uns noch günstiger als bei der Reichswahl, trotzdem für
diese nur einjährige Anwesenheit verlangt wird. Unsere Genossen
erhielten 5 Gemeinderäte und 3 Erziehungsräte, die Gegner 5
Räte (3 Deutschn., 2 Christlichsoz.) und je 1 Erziehungsrat; alles
genau dem Stimmverhältnis entsprechend. Das Frauenrecht
ermöglichte auch die sonst noch dem Vereinsgesetz verbotene Ab-
haltung der ersten sozialdemokratischen Frauen-
wählererversammlung. Während die Deutschösterreicher
als bestes Zugmittel die Aussicht, einmal in Automobilen
eines reichen Müllbürgers zum Wahllokal gefahren zu werden,
betrachten, betrie unsere Frauenorganisation, deren meiste Mit-
glieder als Proletarierinnen selbst vom Wahlrecht ausgeschlossen
sind, eine Verammlung der Kleinbürgerinnen, meist kleine
Hausbesitzerinnen, Händlerinnen u. a., denen das Wahlrecht
zuteil, ein, die von den meist älteren Wählerinnen gut besucht
wurde und auf die dem politischen Leben bisher fernstehenden
Frauen starken Eindruck machte. Man sah es ihnen an, jagt
die „Arbeiter-Zeitung“, daß sie zum erstenmal hörten, wie ihren
Sorgen durch eine gute Gemeindevorwahl gesteuert werden
könnte, und wie sie ergriffen wurden von den neuen Gedanken,
die auf sie einstürzten. Diese Frauen stehen durch ihre wirt-
schaftliche Verhältnisse der Arbeiterschaft nahe. Auch sie können
ihre Lebensverhältnisse nur in derselben Weise zu verbessern
suchen, wie das Proletariat.

Amerika.

Der Sozialismus in den Farmerstaaten. Das letzte Wahl-
ergebnis läßt die kapitalistische Presse den Fortschritt unserer
Bewegung zu geben. Doch behauptet sie, daß er sich auf die
Städte, den häßlichen Bödel, wie sie jetzt, außerhalb der Wahl-
bewegung, schreiben, beschränke. Nie würden die Sozialisten den
Bauern gewinnen. Demgegenüber betont Oscar Amerin-
ger in „Soz. Dem. Herald“, das gerade bei den Farmern der
Fortschritt groß ist. Niemand sei die Begeisterung größer als
beim Bauern, wenn er einmal gewonnen sei, niemand auch der
weitere Fortschritt besser geschätzt als durch den persönlichen
Verkehr mit den Nachbarn. Der sozialistische Farmer schimpft
nicht mehr über die „Gewerkschaftsbrüder in der Stadt, die nichts
tun, als für höhere Löhne zu streiten“. Jetzt schied der Farmer-
Genosse, wenn die Gewerkschaftler streiken, guten Eindrucks,
um ihnen zu helfen. Er hat gelernt, die Gewerkschafts-Kon-
trollkarte zu fordern. Er kommt nicht in die Stadt, um den

Streikbrecher zu machen. Und er wird nicht die Hände nehmen
um als Milligmann auf seine Arbeitsbrüder zu feuern.“

Zum Beweise dieser Angaben dienen die Stimmzähler-
aus einer Reihe der Hauptfarmerstaaten. So stellte sich die
sozialistische Stimmzahl in:

Table with 4 columns: State, 1908, 1912, Increase. Rows: Illinois, Indiana, Iowa, Kansas, Kentucky, Nebraska, Texas.

Der junge Staat Oklahoma mit acht amerikanischen
Farmerbevölkerung weist diese Steigerung auf: 1900 786 St.
1904 4448, 1908 21 762, 1912 42 263. Mit dem „antikonservativen
Republikanischen Partei“ ist es also auch in den Farmerstaaten
nicht so trübselig bestellt, wie die Gegner sich einreden.

Badische Politik.

Zentrumliches.

Das Säckinger Zentrumorgan, das „Säckinger Volks-
blatt“, bringt in Nummer 3 folgende sehr bezeichnende
Briefstellennotiz: „Die Arbeiterfortbildungsbereine sind
liberale Organisationen, die kein übergenügend
und konsequenter Katholik unterstützt. Die kathol. Presse
gehörte verdammt, wenn sie sich zur Unterstützung dieser
Bereine mißbrauchen ließe.“

Aus diesen Zeilen spricht ein abgrundtiefer Haß gegen
alles nicht katholisch Abgestimmte. Aber das Zentrum
ist trotzdem keine konfessionelle Partei. Wer das Zent-
rum behauptet — so schreibt die Zentrumspresse — den
läßt, und die Zentrumspresse schreibt nur die reine
Wahrheit.

Die Bahnlinie Waldbrunn—Siedheim

hat im ersten Betriebsjahr einen guten Verkehr aufzu-
weisen. Er war weit besser, als die von der großh. Gene-
raldirektion aufgestellte Verkehrsberechnung annahm.

Leider ist nicht zu hoffen, daß die Generaldirektion aus
solchen Erfahrungen auch die entsprechenden Konsequenzen
zieht. Die Sünden, welche in unserer badischen Eisen-
bahnpolitik gemacht wurden, scheinen zum Himmel. Do-
für müssen immer die Unschuldbigen, wie sich neuer-
dings wieder bei der Massenfindung von Lechnitzern
zeigte.

Das Dreiklassenwahlrecht — eine Eiterbeule!

Geheimrat Nebmann, der Führer der badischen Natio-
nalliberalen, hatte kürzlich in einer öffentlichen Versamm-
lung des jungliberalen Vereins Leipzig das preußische
Wahlrecht mit einer Eiterbeule verglichen, die den
Reichskörper vergifte. Dieser Ausdruck ist den national-
liberalen „Westfälischen Politischen Nachrichten“ auf die
Nerven gefallen, so daß sie ihren Parteifreund, wie folgt,
zuredeten:

Wir müssen es mit allem Nachdruck zurückweisen, daß
Angehörige anderer Bundesstaaten sich in so starken Aus-
drücken mit internen Angelegenheiten Preußens befassen.
Wir Preußen haben an Baden vieles, recht vieles auszu-
sehen, über aber die Jurisdiktion, die der Reichsverantwor-
tliche sich dabei unbedingt aufzulegen muß. So sehr wir die
Reformbedürftigkeit des preußischen Wahlrechts ohne weite-
res anerkennen, ebenso sehr müssen wir es aber bedauern,
daß der Führer der badischen Nationalliberalen sich in seiner
Kritik zu Ausdrücken hinreißen läßt, die in ihrer geradezu
maßlosen Uebertreibung weit über das Ziel hinaus-
schießen.

Vielleicht beschäftigt sich der nächste nationalliberale
Parteitag mit der Frage, ob es nicht preußischen Mitglie-
dern der Partei überhaupt gestattet ist, über das preußische
Dreiklassenwahlrecht ein Urteil zu haben. Das wäre ja
noch schöner, wenn ein frecher Wadenjer die den Herren
Schiffen und Friedberg heilige Institution des preußischen
Dreiklassenwahlrechts mit lästerlichen Bemerkungen à la
Bismarck antasten dürfte.

Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des B. Besant.
Von G. Dewitt.

16 (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Zimmerlin hatte Angela jetzt ihr, wie sich nicht in Ab-
rede stellen läßt, ziemlich kostspieliges Haus, und konnte
ohne Säumen an die Verwirklichung ihres kleinen Planes,
sich als Schneiderin niederzulassen, gehen, ohne dabei die
größeren zu vernachlässigen.

Wieder blieb ihr nichts anderes übrig, als sich an Dun-
ter, der auch ein umfangreiches Stellendermittlungsbu-
reau betrieb, mit dem Ersuchen zu wenden, ihr das für
das Geschäft erforderliche Arbeitspersonal zu verschaffen.
„Ich berechne“, sagte der Agent, „eine Einschreibe- und
eine Vermittlungsgebühr von je fünf Schillingen für jede
durch mich engagierte Person.“

Er versah, daß er auch von jedem Stellensucher eine
Einschreibgebühr von zwei und einen halben Schilling,
sowie von fünf Schillingen für jede erzielte Vermittlung
erhob.

„Ich wußte“, fuhr er fort, „daß Sie zu mir zurückkom-
men würden. Die Bescheidenheit erlaubt mir nicht, mich
selbst zu loben, auch darf ich füglich von mir behaupten,
daß es wenige Männer gibt, die ihren Auftraggebern so
treu und selbstlos dienen wie ich.“

„Darf ich darauf rechnen, daß Sie mir ein geeignetes
Personal nachweisen werden?“

„Ob Sie darauf rechnen können? Schauen Sie einmal
her.“ Er schlug ein großes Buch auf. „All diese langen
Listen enthalten die Namen und Adressen von Lehrlin-
den, Näherinnen und Arbeiterinnen, die mit ihren
Stellungen nicht zufrieden sind und sich verbessern wollen.
Ja, ja, so ist nun einmal der Lauf der Welt, und zufriedene
Menschen gibt es heutzutage nicht mehr.“ Der bedauernde
Ton und das ganze Wiederholungsgebaren Dunter's wirk-
ten unbeschreiblich komisch.

„Und was sind Ihre Anfangspläne, Fräulein
Kennedy?“

„Ich will ganz bescheiden anfangen.“

„Dann werden ein und zwei Zuschneiderinnen und sechs
Näherinnen für das erste genügen. An Lehrlinchen
brauchen Sie einstweilen nicht zu denken.“

„Wie sind die ortsüblichen Löhne, die im Londoner Ost-
end gezahlt werden?“

„Die Zuschneiderinnen erhalten wöchentlich sechzehn
Sapillinge und die Näherinnen zwölf. Für ihr Mittag-
essen sorgen sie selbst, doch geben Sie ihnen am Nachmit-
tag Tee. Aber all dies brauche ich Ihnen nicht erst zu er-
klären, da Sie ja auf dem Gebiet besser zuhause sind
als ich.“

„Selbstverständlich“, pflichtete Angela bei, notierte sich
aber gleichwohl keine Angaben.

„Als gute Schneiderin kann ich Ihnen eine gewisse Re-
betta Vermittlung, die Tochter eines Geistlichen, empfehlen,
de wegen der religiösen Ansichten ihres Vaters keine Stel-
lung findet.“

„Das ist doch merkwürdig. Und worin bestehen diese
Ansichten?“

„Ihr Vater ist Prediger der Unabhängigen vom Sie-
benten Tage. Sie haben hier ganz in der Nähe eine eigene
Kapelle und feiern als ihren Sonntag den Sabbath, weil,
wie sie behaupten, das dritte Gebot niemals aufgehoben
worden ist. Daher feiert Rebetta an Samstagen und
am Sonntag arbeitet sie gleichfalls nicht, weil die anderen
Menschen es auch nicht tun.“

„Verbietet ihre religiöse Ueberzeugung auch das Ar-
beiten am Montag und Dienstag?“ forschte Angela.

„Nein, und wenn es Ihnen recht ist, will ich sie heute
abend zu Ihnen senden, um sich Ihnen vorzustellen. Sie
werden sie billig bekommen, da sie sonst doch keine Stelle
findet. Gut, das ist abgemacht. Dann wäre noch Nellie
Sorensen da. Sie möchte gern etwas verdienen, doch will
ihr Vater sie nicht jede Stelle annehmen lassen. Nicht
daß Kapitän Sorensen ein Recht besäße, wählend zu sein,
denn er ist der Inhaber eines Sauses für alte Seelente.“

Nellie Sorensen ist eine geschickte Arbeiterin, wie Sie sie
besser schwerlich bekommen können, und wohnt mit ihrem
Vater in dem Heim an der Whitapel Road, keine zehn
Minuten von hier. Wenn ich an Ihrer Stelle wäre, Fräu-
lein Kennedy, würde ich einmal hingehen und selbst mit
ihr sprechen. Was ihren Vater betrifft, so werden Sie gut
tun, ihn jählen zu lassen, daß er ein Almosenempfänger
ist, der aus öffentlichen Mitteln erhalten wird. Sie werden
es mir kaum glauben, aber dieser hochmütige Armen-
häuser wollte es nicht dulden, daß seine Tochter in einer
Werktatt arbeitete, wo schon fünfzig Frauen und Mädchen
beschäftigt waren. Als Grund für seine Weigerung gab
er an, daß ihm der Charakter des Arbeitgebers nicht ge-
fiel, daß dieser ein Slavenhalter und Leuteschinder sei.
Seine Antwort in solchen Fällen ist immer, wie Sie
wissen, — entweder — oder — — entweder nehmen sie
die Stelle oder sie nehmen sie nicht, in welchem Falle Sun-
derte, ja Taufende da sind, die sie annehmen. Wenn es
Ihnen recht ist, Fräulein Kennedy, will ich Sie begleiten
und Ihnen den Weg zeigen.“ Er blickte nach der Uhr.
„Es ist jetzt halb fünf. Zum Ein- und Rückwege gebrau-
chen wir etwa eine halbe Stunde, und wenn wir noch die
Unterredung der letzten Viertelstunde dazu rechnen, so
kommt da rund eine ganze Stunde heraus, für die Sie mir
eine halbe Krone schulden. Danke. Eine Stunde“, fügte
er lächelnd hinzu, „läßt sich ebenso wenig teilen, wie
ein Maß Bier. Und zu dieser billigen Bedingungen, Fräu-
lein Kennedy, werden Sie mich immer bereit finden, ja selbst
beim Essen über Ihre Angelegenheit nachzudenken, wodurch
sich die Abrechnung bedeutend erleichtert.“

6. Kapitel.

Ein Versuch im Seemannshaus.

Der Weg von Stepney Green nach dem Seemannshaus
ist nicht weit und führt zuerst durch eine kurze Straße, um
dann die Hauptverkehrsader des Londoner Ostend, die
breit angelegte Whitapel Road, zu kreuzen, in der zu
allen Zeiten ein ununterbrochener Fahrmarkt stattzufinden
scheint.

Die Tarifverhandlungen im Malergewerbe.

Nach zweitägigen Kommissions-Sitzungen wurden die Verhandlungen, über die wir fortlaufend berichtet haben, am 27. Januar wieder im Plenum aufgenommen. Eine Einigung war auch in der Kommission nur über wenige der vielen freilich gestellten Tarifbestimmungen möglich gewesen. Nach längeren Verhandlungen erfuhr man die beiderseitigen Parteien die Unparteilichkeit und unerbittliche Vorkämpfer über die zurückgestellten Positionen. Diese Vorschläge wurden den Parteien am Abend des 27. Januar unterbreitet. Die noch am selben Abend und am 28. Januar darüber gepflogenen Verhandlungen ergaben das Ergebnis, daß die Unternehmer über drei, die Gewerkschaften über zwei Positionen Kompromisse wünschten. Das so zustande gekommene Verhandlungsergebnis über das Tarifschema enthält vornehmlich in einer größeren Anzahl Bestimmungen eine genauere und zu verschiedenen Zeitungen weniger als bisher auszumachende Formulierung. Unter anderem wurde festgesetzt, daß die Zuschläge für Nacharbeit (50 Proz.) auch für die Stunden zu zahlen sind, die vor Beginn der täglichen Arbeitszeit liegen und bisher mit 25 Proz. vergütet wurden, sofern sie sich an Nacharbeit anschließen. Die Bestimmungen über Stundenlöhne wurden gleichfalls präzisiert. Für Gehilfen im ersten Gehilfenjahr soll dann die freie Vereinbarung der Löhne unzulässig sein, wenn sie das 20. Lebensjahr erreicht haben. Nicht nur die Empfangnahme und Ablieferung, sondern auch die Befestigung der Materialien soll in Zukunft nur während der Arbeitszeit geschehen.

Von grundlegender Bedeutung ist die Umgestaltung der bisherigen drei Tarifinstanzen. Danach entscheiden in Zukunft die Ortsräte nicht nur bei Streitigkeiten zwischen einzelnen Unternehmern und Arbeitern, sondern auch bei Streitigkeiten zwischen örtlichen Organisationen. In den ersten Fällen entscheiden die Ortsräte endgültig, wenn das Streitobjekt nicht höher als 100 Mk. ist; bei letzteren ist Berufung an das Gauarbitrium zulässig.

Das Gauarbitrium ist nicht mehr, wie bisher, Berufungsinstanz, sondern entscheidet nur in grundsätzlichen, das ganze Vertragsgebiet berührende Angelegenheiten. Ferner wurde dem ganzen Karographen folgender Zusatz angefügt: „Wenn Ortsräte oder Gauarbitrien die Erledigung der bei ihnen anhängig gemachten oder zu ihrer Zuständigkeit gehörenden Streitfälle verzögern, so hat der geschäftsführende Unparteiliche des Gauarbitriums eine angemessene Frist für die Erledigung zu bestimmen, nach deren erfolglosem Ablauf ohne weiteres die nächsthöhere Instanz für diese Streitfälle zuständig wird.“

Durch eine weitere protokolllarische Erklärung wurden den Organisationen der Maßnahmen gegen die Mitglieder, die sich den Entscheidungen der Tarifinstanzen nicht fügen, bestimmte Direktiven gegeben. Alle diese Bestimmungen entsprechen dem Sinne nach den Forderungen der Gewerkschaft, die eine schärfere und möglichst einfache Erledigung aller tariflichen Streitigkeiten im Auge hatte. Zu den Maßnahmen der Tarifüberwachung wurde eine, bisher auf solche Gehilfen, die auf Minderung der Arbeitsleistung hinwirken, gerichtete Ausnahmemaßnahme gestrichen.

Die Bestimmungen über die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise sind zwar anders formuliert, dem Sinne nach aber wenig geändert worden. Sämtliche Forderungen der Arbeiter über eine höhere Hinaufschraubung der Altersgrenze für die tarifliche Entlohnung, über die Schadenerschaftpflicht, Stellung einer Kautions für Tarifübertretungen einzelner Mitglieder oder der örtlichen und der zentralen Organisationen u. a. m. wurden abgelehnt.

Am Nachmittag des 28. Januar wurde über die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit verhandelt. Dazu machten die Unternehmer das von den Arbeitervertretern nur humoristisch genommene Angebot, die Arbeitszeit in den Wintermonaten, in denen sie bisher schon wegen mangelnder Arbeitsgelegenheit 6-7 Stunden beträgt, um eine halbe Stunde täglich zu verkürzen. Nach mehrstündigen Verhandlungen, die sich bis in den späten Abend hineinziehen, begründeten die Gewerkschaften in der nachdrücklichsten Weise ihre Forderungen, besonders unter Hinweis auf die vielfach zurückgebliebenen Verhältnisse in einer Anzahl Großstädte und vielfach vorhandene Ungleichheiten in nahe zusammenliegenden und gleichartigen Lohngebieten. Die Verhandlungen blieben vorläufig resultatlos. Hierauf machten die Unternehmer ihre zugefügten „Lohnangebote“: Gau 1 (Süd-

Samburg) lehnte jede Lohnerhöhung ab. Gau 2 (Weinland und Westfalen) bot ab 1. Juli d. J. und für 1914 je 1 Pfennig Lohnerhöhung. Gau 3 (Süddeutschland) bot ab 1. Juli d. J. 1 Pfennig und mit besonderem Vorbehalt eventl. einen weiteren Pfennig für 1914. Gau 4 (Mitteldeutschland) lehnte jede Lohnerhöhung ab, „um den Tarifgedanken zu fördern“. (1?) Gau 5 (Berlin und Brandenburg) bot einen Pfennig für dieses Jahr und für 1914. Gau 6 (Ostdeutschland) bot wegen der preussischen Außenpolitik und aus Gründen der Sprachverschiedenheiten (1?) ebenfalls mit Vorbehalt einen ganzen Pfennig. Diese großartigen, von den Gehilfenvertretern mit allgemeiner Heiterkeit aufgenommener Lohnangebote sollen als zurückgezogen gelten, wenn eine Arbeitszeitverkürzung erfolgt.

Die Debatte über die Lohnfrage wurde am 29. Januar fortgesetzt. Wir werden über deren interessanten Verlauf noch berichten. Am Schlusse der allgemeinen Aussprache unterbreiteten die Unparteilichen den Parteien den Vorschlag, die zentralen Verhandlungen am 22. Februar fortzusetzen. In der Zwischenzeit sollen bis spätestens 15. Februar d. J. die bestehenden Gauarbitrien unter dem Vorbehalt eines Unparteilichen über die Forderungen der Lohn- und Arbeitszeitfrage beraten und entscheiden. Dem Vorsitzenden ordnen die beiderseitigen Parteien eine nicht zum Beruf gehörigen Vertrauensmann bei. Die Resultate dieser Verhandlungen sind binnen drei Tagen mit Gründen versehen und unter Befugung des einschlägigen Materials an den geschäftsführenden Unparteilichen, Magistratsrat v. Schulz-Berlin, einzuschicken. Sie werden am 22. Februar von den drei Unparteilichen und den Vertretern der Zentralorganisationen geprüft. Die eventl. Genehmigung aller bisherigen und zukünftigen Verhandlungsergebnisse ist bis 28. Februar d. J. dem geschäftsführenden Unparteilichen einzureichen. Der am 15. Februar ablaufende Tarifvertrag behält bis zur endgültigen Genehmigung des neuen Vertrages, jedoch nicht über den 28. Februar hinaus, seine Gültigkeit.

Jugendbewegung.

Zum Kampf gegen die Jugendorganisationen. Vor längerer Zeit wurde die Arbeiterjugendkommission in Essen polizeilich verboten. Das Verbot eines jugendlichen Epibels und die bei einer Sausuchung gefundenen Papiere bildeten die Unterlage zu einer Anklage gegen drei Genossen, die entgegen dem Verbot dazu beigetragen haben sollen, daß die Jugendkommission noch weiter bestand. Nach einer Vorunternehmung von ungefähr 4 Jahren kam die Anklage am Freitag vor dem Schöffengericht zur Verhandlung. In dieser sagte der Kommissar leidlich, daß er keine Angaben von zwei Personen, nämlich von einem sozialdemokratischen Vertrauensmann und von dem jugendlichen Epibel Sauerbrey erhalten habe. Die beiden Personen — der Vertrauensmann mag, nebenbei bemerkt, nur eine laienhafte Gestalt sein — haben dem eifrigen Kommissar nur verdorrenes Zeug erzählt, das größtenteils jenseit als völlig falsch nachgewiesen werden konnte. Das Gericht ließ auch den Kommissar glatt abfallen und sprach zwei der Angeklagten frei. Der dritte wurde zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er nach Ansicht des Gerichts der Leiter eines Jugendvereins ist, der politische Zwecke verfolge. — Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden.

Soziale Rundschau.

* Mannheim, 29. Jan. Das im Jahre 1906 errichtete Hindenburgheim zählt, wie der Jahresbericht für 1912 mittelt, gegenwärtig 30 Anwesen, die sich dort ihren Unterhalt zum Teil selbst verdienen. Der Wert der abgesetzten fertigen Waren betrug im Berichtsjahre 31 702 (im Vorjahr 25 070) Mk., an Löhnen wurden 5987 (4383) Mk. bezahlt. Zur Verfügung stehende Fonds gestiftet es, Anaben und Mädchen, die von der Schule aus in das Heim kommen, eine bedeutende Ermäßigung des Verpflegungsbetrages zu genießen. Seit längerer Zeit hält ein Lehrer den Anwesen wöchentlich abends einen kleinen Vortrag; er macht sie mit den Tagesereignissen bekannt und bespricht diese mit ihnen.

— In der badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigs-hafen erfolgte von der Direktion die Mitteilung, daß Kommerz-rat Hüthenmüller für das Wohl der Arbeiter aus Privatmitteln 100 000 Mk. zur Verfügung stelle. Von dieser Summe sollen 70 000 Mk. zur Erbauung und Einrichtung eines Erholungsheims für erkrankte Frauen und Kinder der Fabrikarbeiterchaft und 30 000 Mk. zu einem Fond zur Unterstützung von Beamten der Fabrik und deren Angehörigen verwendet werden.

Die Arbeitslosigkeit der Privatgestellten im Jahre 1912. Aus den jetzt vollständig vorliegenden Veröffentlichungen des reichsstatistischen Amtes im „Reichsarbeitsblatt“ ergibt sich, daß an die Reichsregierung des Amtes zu Anfang des Jahres 1912 angeschlossen waren 13 Verbände mit 884 199 männlichen und 44 299 weiblichen, zusammen 428 498 Mitgliedern, während am Jahreschlusse 14 Verbände mit 488 781 männlichen und 45 980 weiblichen, zusammen 534 761 Mitgliedern, angeschlossen waren. Die Angestelltenorganisationen sind also im verflochtenen Jahre um 103 213 Mitglieder oder um 24 Prozent gewachsen. Ein sehr erheblicher Zuwachs, der leider eine weitestehende Kraftentfaltung der zum größten Teile auf dem Boden der Harmonielehre stehenden Verbände nicht im Gefolge hat.

Der Umfang der Stellenlosigkeit ist bei den Angestellten naturgemäß weit geringer als bei der gewerblichen Arbeiterchaft, denn auf 100 Mitglieder entfielen im 4. Vierteljahre 1911 1,2 Stellenlose und im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres 1,4 Stellenlose. Zu Beginn des Jahres waren 5476 Stellenlose vorhanden, am Schlusse 6287. Stellenlos wurden im Laufe des Jahres 33 869 Mitglieder und in Stellung traten 34 029 Mitglieder. Insgesamt waren 8952 Angestellte 370 727 Tage stellenlos, sodaß ein Angestellter durchschnittlich 41 Tage stellenlos war. Wenn also auch die Stellenlosigkeit nicht so häufig ist wie bei den Arbeitern, so ist doch die Dauer erheblich länger. Die 8952 Stellenlosen erhielten für 318 512 Tage 470 920,07 Mk. Unterstützung, sodaß die Angestelltenverbände durchschnittlich pro Tag 1,48 Mk. Stellenlosenunterstützung zahlen.

Aus der Partei.

Zu den preussischen Landtagswahlen. Zwei Mitgliederber-sammlungen der sozialdemokratischen Partei in Eberfeld und Barmen beschäftigten sich mit den bevorstehenden Wahlen zum preussischen Landtage. Als Kandidaten für den Wahlkreis Eberfeld-Barmen wurden einstimmig die Genossen Wilhelm Gnehm, Eberfeld und Karl Haberland, Barmen auf-gestellt.

Sozialdemokratie und Kriegsgefahr. Die Generalversamm-lung des sozialdemokratischen Kreisvereins Mühlhausen i. E. nahm im Anschluß an frühere Erörterungen über die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, einstimmig die fol-gende, von dem Genossen Jean Martin begründete Resolu-tion des Vorstandes an:

„Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Kreisvereins Mühlhausen i. E. erhebt Einspruch gegen die in der Reichstagsfraktion vom 3. Dezember vor. J. in einem Jugendblatt, der zu äußerster Verwirrung mahnte, abgegebene Er-läuterung, die deutsche Sozialdemokratie wäre im Falle eines

Angriffs von Rußland bereit, ebenfalls die Flinks auf den Buckel zu nehmen und den Krieg mitzumachen. Die Ver-sammlung erinnert daran, daß die Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg nicht Sache des Proleta-riats sein darf, wenn doch das Proletariat auf die von den kapitalistischen Staaten abgeschlossenen Bündnisverträge wie auf deren ganze Außenpolitik einen bestimmten Ein-fluß nicht ausüben kann. Das Beispiel der Kaiser Deputa-tion und die Unerschrockenheit, mit welcher neuerdings die Rege-rungsorgane mit Einschluß der liberalen Presse Deutsch-lands und Oesterreichs den Streit um einen serbischen Adria-lisfen zu einer Lebensfrage für Oesterreich-Ungarn und zu einer Sache der deutschen Bundesstreue vom Welt bis zur Adria aufbauscht, zeigen, mit welchem Erfolge fortgesetzt die Zerschlagung der Massen unter dem Vorwande der nation-alen Verteidigung von den Herrschenden betrieben wird. Bei dieser Sachlage ist jede Lokaltätserklärung sozialdemo-kratistischer Abgeordneter für den hypothetischen Fall eines An-griffskrieges geeignet, die Aktionskraft des Proletariats für die Erhaltung des Friedens zu lähmen und die Arbeiter-massen zum unklaren und willenlosen Werkzeug der ver-bredlichen Macht- und Raubgier zu machen, welche die imperialistische Politik beherrschen.

Die Versammlung erhebt die sozialdemokratische Frak-tion des deutschen Reichstags, zu dieser Frage bindend Stel-lung zu nehmen, um alle Zweideutigkeiten und Mißverständ-nisse über die Stellung der deutschen Arbeiterklasse zum Krieg für die Zukunft auszuschließen.

Der Vorstand wird beauftragt, die Resolution dem Par-teivorstand und dem Vorstand der Reichstagsfraktion zur Kenntnis zu bringen.

Es handelt sich hier um einen Vorstoß gegen die Reichs-tagsfraktion bezug. gegen den Abg. David, der die beanstan-dete Aeußerung bei der Debatte über die auswärtige Politik getan hat. Jene Aeußerung Davids ist seinerzeit von gar keiner Seite beanstandet worden. Die Davidische Rede wurde vielmehr von der ganzen Parteipresse als die beste bei jener Debatte bezeichnet. Der Vorstoß, den vorstehende Resolution gegen die Reichstagsfraktion bedeutet, ist durchaus un-be-rechtigt.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. In der Fraktions-sitzung am Mittwoch erschien als Gast der Genosse Hain-jus-tia, von dem Vorsitzenden, Gen. Vebel, herzlich begrüßt. Der chinesische Genosse hielt in französischer Sprache eine kurze Rede, in der er seiner Freude Ausdruck gab, unter den berufenen Vertretern des deutschen Proletariats weilen zu dürfen. Er sei weder Vertreter der Regierung der neuen Republik, noch Delegierter irgend einer Partei. Er handle nur für seine Person als Republikaner und als Sozialist im Interesse der jungen Republik, die von ihren Raubbar-nen im Osten und im Westen bedroht sei. Sowohl Japan als auch Ruß-land sahen der demokratischen Entwicklung Chinas mit schelen Augen zu. Sie fürchteten eine Milderung auf ihre eigenen Volksgenossen. Es gälte, der jungen Republik die Sympathien der zivilisierten Welt zu erringen und zu erhalten und allen gehässigen Ausstreunungen wirksam entgegenzutreten. Hain-jus-tia hat sich daher die Aufgabe gestellt, sowohl in Europa, als auch in Amerika parlamentarische Gruppen der Freunde der Republik China ins Leben zu rufen. Er wendet sich zu diesem Behufe auch an die fortschrittlichen Parteien der bürgerlichen Linken, in erster Linie natürlich an seine sozialistischen Gesinnungsgenossen. Es ist ihm auch gelungen, in England, Frank-reich, Belgien und Portugal betrachte interfraktionelle Gruppen ins Leben zu rufen, denen die führenden Genossen der betref-fenden Länder, wie Keir Hardie, Mac Donald, Jaurès, Brèsse, Wandervelde usw. angehören. In Holland, Oesterreich und Italien seien betrachte Gruppen im Werden begriffen, wenigstens habe er bereits zustimmende Erklärungen maßgebender Mitglieder der dortigen Parlamente erhalten. Er hoffe, daß Deutschland nicht zurückbleibe und in erster Linie redehe er dabei auf die Unterstützung der deutschen Sozialdemokratie. Mit Hilfe der Freunde der jungen Republik glaubt Hain-jus-tia die weitere friedliche Entwicklung in demokratischer Richtung außerordentlich zu fördern. Die parla-mentarischen Gruppen in den verschiedenen Ländern haben die ganz besondere Aufgabe, die öffentliche Meinung aufzuklären und die kulturfeindlichen Absichten reaktionärer Mächte zu ent-hüllen. Darum bitte er die sozialdemokratische Reichstagsfrak-tion, ihm die weitgehendste moralische Unterstützung zuzuflehen.

Genosse Vebel dankte dem Genossen Hain-jus-tia für seine Ausführungen. Er versprach die moralische Unterstützung der republikanischen Bestrebungen in China. — Mit Worten des Dankes für die freundliche Aufnahme und für die gegebene Zu-sicherung betraute sich Genosse Hain-jus-tia von der Fraktion.

Ein Sechzigjähriger. Gen. Ulrich-Offenbach beging am 28. Januar seinen 60. Geburtstag. Gen. Ulrich ist in Braun-schweig geboren, seit 1878 aber in Offenbach wohnhaft. Dem Reichstag gehört Ulrich mit dreijähriger Unterbrechung seit 1890 an, 28 Jahre ist er Mitglied des heftigen Landtages und im Jahre 1896 wurde er als erster Sozialdemokrat in das Offenbacher Stadtparlament gewählt, wo die Sozialdemokratie jetzt die Mehrheit besitzt. Ulrich ist der mandatsstärkste deutsche Landtagsabgeordnete unserer Partei; er ist einer der verdienst-vollsten Vorkämpfer unserer Bewegung, dem seine Ueberzeugung insgesamt etwa 2 Jahre Gefängnis eingetragen hat.

Vom Kaiserer Denkmalfond. Die Gelder, welche zur Schmückung und Unterhaltung des Sammelgrabes und Denkmals der 1849er Standrechtssopfer gespendet werden, stehen unter der Verwaltung eines Komitees. Soben gibt der Rechnung Franz Peter in Achem (Waben) den Klassenbericht für das Jahr 1912.

Einnahmen:

Von Soziald. in Neufölln (durch A. G.)	19.— M.
Von B. Wade in Hamburg	29.— M.
Zins (3 1/2 Proz.)	41.64 M.
Saldovortrag vom 1. Januar 1912	1086.22 M.
Summa:	1175.86 M.

Ausgaben:

Grabfranz	8.— M.
Gärtnerlohn	12.— M.
Porto	— 95 M.
Summa:	20.95 M.

Vortrag auf neue Rechnung 1154.91 M. Dieser Vortrag ist bei der Sparkasse in Achem laut Sparbuch angelegt. Um weitere Zufwendungen an die Adresse des Rechnungers wird gebeten.

Die neue „Humanität“. Am Samstag ist das Zentral-organ unserer französischen Bruderpartei zum erstenmale fest-schließlich herausgegeben. Damit ist der erste große Schritt zum Ausbaur der „Humanität“ getan. Wenn das Besprechen, das die Leitung der „Humanität“ gegeben hatte, so reich erfüllt werden konnte, so liegt das daran, daß eine von ihr ausgehende Anleihe von 200 000 Franken innerhalb sechs Monaten über-zichnet wurde. Schon die Ankündigung der Vergrößerung des Blattes hat bewirkt, daß das Blatt in der letzten Zeit mehrere Tausend neue Abonnenten erhalten hat. Der gesamte Redak-tionsdienst hat eine Reorganisation erfahren. Die „Humanität“ beschäftigt nun im ganzen 28 Redakteure. Außerdem arbeiten eine große Anzahl von bekannten Genossen, wie Sem-bat, Prace, Maurice Allard, Dubreuilh, Cahin, de Bréscence regelmäßig mit. Die Gesamtleitung behält Jaurès, der täglich eine kurze Uebersicht schreibt. Am der

die Kinte nehmen
zu feuern.“
die Stimmengabe
So stelle sich
Zunahme 184
174
105
118
178
190
218
echt amerikanische
auf: 1900 788
„antifolkloristische“
Hinterwälderstaaten
einreden.
ik.
„Siedinger Volks-
sehr beziehungs-
lungsvereine sind
kein überzeugter
Die kathol. Presse
unterstützung dieser
tiefer Haß gegen
ber das Zentrum
ber das Gegen-
reumspresse — den
öt nur die reime
rbheim
n Verkehr aufzu-
der groß. Gemein-
ung annahm.
heraldisierung aus
den Konsequenzen
badischen Eisen-
n Simmel. Do-
men, wie sich neuer-
von Technikern
Fiterbenle?!
badischen Ratio-
nlichen Versamm-
das preussische
glücken, die den
ist den national-
richteten“ auf die
freund, wie folgt,
zurückweisen, daß
so starken Aus-
breitens befehlen,
recht vieles anszu-
Nichtberanzucht
So sehr wir die
rechts ohne we-
es aber bebauern,
ralen sich in seiner
in ihrer geradzu
ns Ziel hinaus-
nationalliberals
ußlichen Mitglie-
er das preussische
Das wäre ja
die den Herren
des preussischen
merfungen & la
trin, wie Sie sie
nocht mit ihrem
Road, keine zeh-
stelle wäre, Frau-
a und selbst mit
werden Sie gut
merformempänger
ird. Sie werden
mühtige Armen-
Lochter in einer
en und Mädchen
Weigerung gab
gebebers nicht ge-
enteichinder sei-
mer, wie Sie
eder nehmen sie
hem Falle Hun-
men. Wenn es
ch Sie begleiten
e nach der Uhr.
tühnege gebrau-
ann wir noch die
zurechnen, so
für die Sie mir
Stunde“, fügte
enig teilen, wie
ngungen, Präu-
finden, ja selbst
denken, wodurch
heim.
Seemannsheim
rte Straße, um
er Pfend, die
igen, in der zu
ft statzufinden

„Wir sind da, Fräulein“, sprach Bunker, und blieb vor einem großen Tor stehen. „Hier ist das Ayl, in dem die junge Schneiderin mit ihrem Vater wohnt.“

Angela, die bisher dem bewegten Straßenbilde ihre Aufmerksamkeit geschenkt hatte, fuhr unwillkürlich zusammen und sah sich vor einem Tor, über dem sich das in Stein ausgeführte Modell eines Schiffes unter vollen Segeln erhob.

Die Tür führte in einen großen Innenhof, der durch eine Ziegelsteinmauer von der Außenwelt abgegrenzt war. Tiefes Schweigen herrschte hier, das sich felsam von dem tosenden Straßenlärm abhob. Angela befand sich in einem länglichen, von zwei Reihen kleiner sauberer, Säuschen umgebenen Hof, dessen Mitte von einem grünen Malfenstreifen ausgefüllt wurde. Auf dem Grafe erhob sich das Denkmal eines Wohlthäters, und am Ende des Hofes stand eine kleine Kapelle. Niemand war auf dem Hof zu sehen als eine alte Frau, die aus einem Brunnen Wasser schöpft.

„Wie gefällt es Ihnen hier?“ fragte Bunker.
„Es sieht ruhig und friedlich aus“, entgegnete das Mädchen.

(Fortsetzung folgt.)

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Dienstag, 4. Febr. Vorm. 11 Uhr. 22. Vorst. auf Ab. Gemäßigter Preise: „Der gestiefelte Kater“, ein Märchenstück mit Musik in 4 Akten von F. V. Heremann. Anfang 11 Uhr. Ende 1 Uhr.
Abends 7 1/2 Uhr: A. 37. „Einen Jux will er sich machen“, Komödie mit Gesang in 4 Akten von Reizton. Anf. 7 1/2 Uhr, Ende nach 10 Uhr. (4.50 Mk.)
Mittwoch, 5. Febr. B. 36. „Artadue auf Ragos“, Oper in 1 Akt von Hoffmannsthal. Musik von Richard Strauß, zu spielen nach dem „Bürger als Edelmann“ des Molière. Anfang 7 Uhr, Ende 11 1/2 Uhr. (4.50 Mk.)
Freitag, 7. Febr. A. 36. „Die verkaufte Braut“, komische Oper in 3 Akten von Smetana. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr. (4.50 Mk.)
Samstag, 8. Febr. C. 36. „Die Verschönerung des Fiesco zu Genua“, Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 Uhr, Ende 11 1/2 Uhr. (4 Mk.)
Sonntag, 9. Febr. A. 38. „Garmen“, große Oper von Bizet. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr. (6 Mk.)

In Baden-Baden:
Donnerstag, 10. Febr. 19. Abonn.-Vorst. Neueinstudiert: „Stolberg“, historisches Schauspiel in 5 Akten von Gey. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Neuorganisation auch äußerlich Ausdruck zu verleihen, ist die „Gummitte“ vor wenigen Tagen aus ihrem bisherigen, etwas dürftigen Lokal in der Rue Croissant in statlichere Räume, die in der Rue Montmartre 143 liegen, umgezogen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 1. Februar.

Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 11.30 Uhr. — Am Bundesratslich Staatssekretär Dr. Delbück. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des Gesetzeswurfs betreffend.

Zollerleichterung bei der Fleischeinfuhr.

Abg. Quard-Frankfurt (Soz.).

Das Ergebnis der bisherigen Beratung ist ein sehr trauriges. Die Zollerleichterung vom Oktober war ein Eingeständnis der gänzlichen Unhaltbarkeit der bisherigen Agrarpolitik. Das Verbilligungsbestreben müßte mindestens zwei Jahre hindurch fortgesetzt werden. Heute ist die Regierung längst wieder unter dem Joch der preussischen Junker. Haben doch der Bund der Landwirte und der Deutsche Landwirtschaftsrat sich gerührt, daß auch nicht ein Stück aus der Mauer des Zolltarifs gebrochen werden wird. Das haben die Herren mit eiserner Konsequenz durchgeföhrt. Diese Energie möchte man der Regierung wünschen. Alle Auseinandersetzungen der Herren von der Rechten über die Fleischverträge in Deutschland und über Seuchenrisiko im Falle eines Krieges sind nichts, nichts als Verhüllungen für die agrarische Herrschaft. Die Erklärungen in der Kommission liefen darauf hinaus, daß die Konservativen die Ermäßigung los sein wollen. Je eher — desto lieber. Den Städten, die von Anfang an Schwierigkeiten bereitet. Die unwürdige Behandlung der Reichshauptstadt ist in freies Erinnerung. Reihengerade zu werden verdient, daß der preussische Landwirtschaftsminister in diesem Augenblick der Not und des Fleischmangels sich im Abgeordnetenhause dahin ausgesprochen hat, das laufende und fleischverzehrende Publikum müsse sich im Laufe der Jahre daran gewöhnen, höhere Preise anzulegen. (Da die Unruhe im Saale immer größer wird, ermahnt Präsident Kaempf um etwas mehr Ruhe.) Es ist uns nicht gelungen, in der Kommission auch nur ein wenig für die Beförderung von dem herauszuschlagen, was die Regierung herauszuschlagen wollte. In dieser Sache sind die Sozialdemokraten Regierungspartei und die Konservativen gegen die Regierung gewesen. Die Verabschiedung des Gesetzes in der vorliegenden Form wird draußen neue Enttäuschungen auslösen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Pauli-Cocher (Ztr.): Die Aufrechterhaltung unseres Viehwirtschaftssystems kann nur zum Segen für das Volk ausschlagen. Wenn man daran ginge, die Schafzucht in Deutschland zu fördern, so könnte wohl eine Erhöhung des Fleischkonsums erzielt werden.

Abg. Sed (natl.): Wir erkennen die Fleischnot und Fleischverwertung unumwunden an und sind bereit, die Skalamität nach Kräften zu beseitigen. Die letzten Viehzählungen haben zweifelsfrei ergeben, daß unser Viehstand erheblich zunimmt. (Für Süddeutschland ist das Gegenteil nachgewiesen. D. Red.) Man sollte dahin wirken, daß in der Landwirtschaft das Viehbestand zur Urführung gelangt. (Vizepräsident Paschke bittet, doch nicht das ganze Gebiet der landwirtschaftlichen Wissenschaft anzurufen.)

Abg. Arnstadt (konf.): Wir sind keine Gegner der inneren Kolonisation. Vizepräsident Paschke: Es handelt sich hier um Zollerleichterungen und nicht um innere Kolonisation. — Abg. Gothein: Sehr richtig! — Vizepräsident Paschke: Ihre Rede dürfte nur eine Erwiderung des Herrn Gothein hervorrufen. — (Geisterlichkeit und „Sehr richtig!“)

Abg. Krämer (Fortschr. Vpt.): Der Bauer hat ein großes Interesse an der Aufhebung der Futtermittelzölle. Das deutsche Volk verlangt billigeres Fleisch, und wir stehen hier als Vertreter des ganzen Volkes. (Sehr richtig.) Wir müssen mächtig hohe Fleischpreise haben. (Sehr richtig, links und rechts lachend.) Schaffen wir billige Futtermittel, damit der Bauer in der Lage ist, mehr Vieh zu mästen, damit wir das Volk ernähren können! (Beifall links.)

Abg. Löcher (Vpt.): Es ist festgestellt, daß das Gefleisch minderwertig ist.

Damit schließt die Debatte. Eingegangen ist eine Resolution der Sozialdemokraten, allen Gemeinden das ausländische Fleisch zu gestatten, die die erforderlichen Schutzbestimmungen haben. Ueber diese Resolution wird in nächster Woche namentlich abgestimmt werden. Das Gesetz wird darauf endgültig angenommen.

Sodann wird die Beratung des Stats des Reichsamts des Innern beim Kapitel

„Reichsgesundheitsamt“

Abg. Hüttmann (Soz.): Schon 1904 hat der Reichstag eine Eingabe des internationalen Vereins zur Reinhaltung der Flüsse der Regierung empfohlen überzweifeln. Aber bis heute liegt noch kein Reichsgesetz gegen die Verunreinigung der Flüsse vor. Die Verunreinigung ist besonders schlimm bei der Wupper. Die Abwässer der Farbenindustrie haben nicht nur den früheren Fischreichtum der Wupper völlig vernichtet, sondern auch die Industrie in Mitleidenhaftigkeit gezogen. In den Werken an der unteren Wupper ist der Verschleiß der Turbinen ein ganz enormer. Die Motoren arbeiten zum Teil nur noch mit 50 Proz. Ausbeute. Die Kranzweirwerke, die durch das verseuchte Wasser geschädigt werden, bilden eine ständige Gefahr für die ganze Gegend. Das Reichsgesundheitsamt sollte sich mehr als bisher dieser Missethäter annehmen. Man wird schließlich auch bei uns dazu übergehen müssen, ähnlich wie in England direkte Kanäle zum Meer zu bauen. Selbstverständlich ist dies Aufgabe des Staates.

Abg. Werlach (Ztr.): Für das Krankenpflegewesen ist eine gesetzliche Regelung unbedingt zu fordern. In der Bekämpfung der Tuberkulose darf kein Mittel unerprobt bleiben.

Abg. Straß (natl.): Die Kurierfreiheit muß durch eine Veränderung der Gewerbeordnung beseitigt werden. Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche muß mit höchster Energie betrieben werden.

Abg. Gaeßler (Elsässer): Auch wir verlangen eine Reform des Krankenpflegewesens. Das Weingesetz muß dahin abgeändert werden, daß die Einfuhr von Süddeutschen einer scharfen Kontrolle unterworfen wird.

Abg. Lang (Wap. Bauernbund): Die Schweinepest tritt auch bei uns von Zeit zu Zeit auf. Veterinäre Maßregeln allein helfen nichts. Die einzelnen staatlichen Behörden müssen mehr Hand in Hand gehen.

Präsident des Reichsgesundheitsamts Dr. Baum: Jedes die Schweinepest und die Schweinepest hat das Reichsgesundheitsamt eingehende Forschungen angestellt und das Ergebnis bereits veröffentlicht. Ein Mähdang dieser Krankheit ist schon jetzt zu beseitigen.

Abg. Antrid (Soz.): Ich beharrt gegenüber Ausführungen des Abg. Gaeßler darauf, daß eine Heberanzuweisung — auch des weiblichen — Krankenpflegepersonals vorliegt. Viele Krankenpflegeanstalten stellen Personal ein, das nicht die geringste Vorbildung hat. Können ver-

stet einige Ausführenden von Krankenpflegepersonal, in denen ausdrücklich hervorgehoben wird, daß Vorkenntnisse in der Krankenpflege nicht erforderlich seien. Solange staatliche Anstalten mit solch schlechtem Beispiel vorangehen, wird eine Veränderung in dem Krankenpflegeberufe nicht eintreten. Redner wendet sich dann gegen den Abg. Thoma, der ihm in seinen Ausführungen vom 28. Januar den Vorwurf machte, fahrlässig und unqualifizierbar gehandelt zu haben. Er legt dar, daß er sich auf eine Rede vom Jahre 1901 bezogen habe. Damals habe Prinz Schönaich-Carolath der nationalliberalen Partei nicht angehört. Im Jahre 1901 habe der Abg. Endemann im Anschluß an die Ausführungen des Redners das Wort gebraucht: „Berleunte nur dreist, es bleibt immer etwas hängen!“ Der Abg. Endemann hat zwar bestritten, daß diese Äußerung ihm, Antrid, gelten solle. Aber meine Parteifreunde stellten fest, daß sie nur im Anschluß an meine Rede getan wurde. Das hat der Abg. Singer auch damals durch einen Zwischenruf zum Ausdruck gebracht.

Abg. Geralt (Ztr.): Der Resolution auf Schaffung eines landwirtschaftlichen Instituts stehen wir freundlich gegenüber, doch ist es Landesangelegenheit, in dieser Hinsicht etwas zu tun.

Abg. Rohmann (Ztr.): Die Reinhaltung der Flußläufe ist unbedingt notwendig zu regeln. Das Kapitel wird hierauf bewilligt. Die Abstimmung über die Resolution erfolgt später. Darauf wird das Kapitel Biologisches Institut für Land- und Forstwirtschaft bewilligt, nachdem der Abg. P a m a n n (Ztr.) die Forderung der Wienerwirtschaft empfohlen hat. Es folgt das Kapitel Patentamt.

Abg. Well (Ztr.): Das zu erwartende Patentgesetz muß vor seiner Einbringung allen Interessierten zugänglich gemacht werden. Wird auch eine Änderung des materiellen Rechts erfolgen? Auf die Dauer ist es ein unheilbarer Zustand, daß die ordentlichen Gerichte ein Patent, das vom Patentamt erteilt, nachträglich doch noch für ungültig erklären können. Der Schuß des Erfinderechts und die Befreiung der Konkurrenzklause sind die energigsten Forderungen der Angestellten. Die Patentbureau haben sich geradezu zu einem Krebsgeschwür herausgebildet für die kleinen Erfinder.

Abg. Werner (Weserm.): Die überlange bläuliche Beschäftigung der Patentamt Angestellten muß beseitigt werden. Das Kapitel wird hierauf bewilligt.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Fortsetzung der Staatsberatung. Schluß 3 1/2 Uhr.

Kommunalpolitik.

Notensels. Die hiesige Einwohnerschaft sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Wählerliste für Bürgermeisterwahl vom 30. Januar bis 7. Februar auf dem Rathause sowie bei Genosse Gierle, Großaufstraße, aufliegt. Sehe jeder Bürger nach, ob er in die Liste eingetragen ist; denn wer nicht in der Wählerliste steht und während der angegebenen Zeit nicht reklamiert, darf nicht wählen.

Eingemeindung. Mit der Frage der Eingemeindung R o h r b a c h nach Heidelberg beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung der Gemeinderat in Rohrbach. Er sprach sich einstimmig für die Eingemeindung aus und beschloß, dem Bürgerausschuß demnach eine diesbezügliche Vorlage zu lassen.

Realien der Bürgerausschussführung in Weiten. Sonderbare Anschauungen vertrat die bürgerliche Vereinigung (Sprich Wümler) in der letzten Bürgerausschussführung. Von sozialdemokratischer Seite wurde bei Beratung des Gehaltsariffs die ursprüngliche Vorlage, in der für die unteren Beamten und Bediensteten die Gehälter von 1300 auf 1400 M., Höchsthöhe festgelegt waren, wieder bezweifelt. Auch sollte der Schuldener Wiedermacher, der schon seit dem Jahre 1875 diese Stelle zur Zufriedenheit bezieht, in den Höchsthöhe mit 1400 M. eingereiht werden. Der Gemeinderat H. Müller (Wümler) äußerte sich in diesem gewiß billigen Verlangen gegenüber folgendermaßen: Der Mann sei jetzt alt und verbraucht und daher ist es nicht angemessen, denselben in den Höchsthöhe einzureihen. Da sieht man sich und klar, was für ein warmes Herz diese Herren der bürgerlichen Vereinigung für die unteren Bediensteten haben.

Jahrbau, jahren hört man die Wümler klagen, daß für die städtischen Bediensteten nicht genug getan werde; angesichts dieser Komodie, die sie nun wieder gespielt haben, werden nun auch den nächstnächsten wohl die Augen aufgehen, die sich bis jetzt noch zum Stimmvieh für die Wümler haben brauchen lassen. Gleichartige Neuerungen machte das V.A.M. Schwärz, Vorstand des Handwerkervereins, in Bezug auf „Erweiterung der Volksschule“. Er sei ein großer Freund der Schule, aber diese Vorlage soll man noch einige Zeit juridistellen wegen der hohen Anlage. Alljährlich kann man aber von diesem Handwerkervertreter in der Gesellenprüfung die Klagen hören, wie unzufrieden die Lehrlinge bei der Prüfung seien. Da hätte er mit gerade bei dieser Vorlage die beste Gelegenheit gehabt, dafür einzutreten, daß die Schüler eine bessere Schulbildung bekommen. Das ist die Theorie und die Praxis dieser Herren.

Eingige Feilen müssen wir auch einigen Arbeitern widmen, die in den Reihen der Bürgervereinigungen sitzen. Es sind dies u. a. auch Leute, die im — Städt. Dunderischen Gewerbeverein organisiert sind. Bei der Beschlußfassung über den Gehaltsariff enthielten sie sich der Abstimmung; offenbar hatten sie denn doch noch soviel Schwamgefühl, daß sie nicht gegen das, was sie selber erstreben, zu stimmen wagten. Bei der Frage der Erweiterung der Volksschule stimmten diese Arbeitervertreter geschloffen dagegen, sie halten also eine gute Volksschulbildung für überflüssig. Der Städt. Dunderische Verband kann stolz auf solche Mitglieder sein, die zum Teil sogar noch eine führende Stelle im Verband einnehmen. Auf die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit, die in diesem „fortschrittlich“ sich nennenden Gewerbeverein geleistet wird, wirkt dieses für Arbeiter getragene beschämende Verhalten ein sehr eigenartiges Licht.

Aus dem Vorschlag von Brühl. Die vorläufige Aufstellung des Vorschlags hat ergeben, daß trotz der mit 1000 M. vorgesehener Aufbesserungen für Beamte und Angestellten anläßlich der Einführung des Gehaltsariffs die seitherige Anlage mit 40 Pf. ausreichend ist, da das Wirtschaftsjahr 1912 mit einem hohen Kassenvorrat abschließt.

Singen a. S. Der Gemeinderat wird dem Beispiel anderer Städte folgend für seine städtischen Beamten einen freien Nachmittag in jeder Woche einführen und die Versicherungsbeträge der Angestelltenverlängerung für die städtischen Beamten in der ganzen Höhe auf die Stadt übernehmen.

Der Bürgerausschuß in Gerabach hat einstimmig genehmigt, das Gehalt des Bürgermeisters Dr. W e i ß auf 7000 M. neu festzusetzen.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Lithographen! Die Firma G. Bergmann in Leipzig hat ihren Lithographen gekündigt, weil diese sich Aufforderungen nicht aufzwingen lassen wollten. Es wird erwartet, daß sein Lithograph durch Arbeitsaufnahme bei der Firma hier dazu beizugeht, die an sich schon ungünstigen Verhältnisse noch weiter benutzubringen.

Achtung Bauarbeiter! Wir machen auch an dieser Stelle darauf aufmerksam, daß die Arbeiter an dem Fort-Aufbau der R e u m i l l (Amt Schl.) am 1. Februar die Arbeit niedergelegt haben. Wie aus dem Infanterieherzogtum ist die Ursache unheimliche Antreiberei, Verweigerung eines Unterkunftsraumes und schlechte Lohnzahlung. Ueber den Fort-Aufbau bleibt so lange die Sperre verhängt, bis die berechtigten Forderungen der Arbeiter anerkannt sind. Zugang ist streng fernzuhalten.

Geleitete Verhandlungen in der Binnenschifffahrt. Die Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband für die Binnenschifffahrt und dem deutschen Transportarbeiterverband und dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer sind am 28. Januar gescheitert.

Der Unternehmerverband hatte am 28. Dezember in einer Erklärung bestimmt gesagt, daß mit Beginn des Jahres 1914 eine Arbeitszeitregelung vorgenommen werden sollte. In der Verhandlung am 28. Januar traten die Unternehmer von diesem Vorschlag zurück. Sie wollen wohl die gemeinsamen statistischen Erhebungen veranlassen, aber die Vorschläge der Kommission sollen nicht der Einführung der Nachtrabe im nächsten Jahre dienen, sondern diese Erhebungen sollen der Regierung unterbreitet werden, mit dem Ersuchen, die gesetzliche Einführung der Nachtrabe zu beschleunigen.

Der Transportarbeiterverband und der Verband der Maschinisten und Heizer waren bereit, an den Erhebungen mitzuwirken, sie wollten das Jahr 1913 als Uebergangszeit, zur Einführung der Nachtrabe betrachten wissen. Aber sie konnten ihre Zustimmung nicht dazu geben, daß die Einführung der Nachtrabe von den Regierungsmassnahmen abhängig gemacht würde, sie besanden darauf, daß die Einführung der Nachtrabe mit Beginn des Jahres 1914 erfolgen müsse. Der neue Vorschlag der Unternehmer wurde also von beiden Arbeiterorganisationen abgelehnt.

Die geforderte Vohnerhöhung, namentlich für die Oberlochköcher, wurden von den Unternehmern auch abgelehnt. Außerdem machten sie auch keine Zugeständnisse in der Bemannungsfrage, zur Ueberstunden- und Sonntagsarbeit, Arbeitszeitverlängerung an den Stationen und zu den anderen Fortsetzungen. Nach dem Scheitern der Verhandlungen muß also die Frage der Nachtrabe in der Binnenschifffahrt durch Kampf entschieden werden. In der Bewegung sind beide Arbeiterverbände mit rund 12 000 Mitgliedern beteiligt.

Die christliche Streikbrechervermittlung geht weiter. In Sarstedt bei Hannover haben in der Heubfabrik N. W. die freigestellten Metallarbeiter die Kündigung eingereicht. Die Firma hatte für ihren Betrieb einen gelben Werkverein gegründet. Die Beamten und Meister des Betriebes veranlaßten die Arbeiter, in diesen Werkverein einzutreten, trotzdem dies nach einem Einigungsprotokoll und nach Verhandlungen mit der Organisation unterlag war. Den Arbeitern wurde wegen Arbeitsmangel gekündigt. Während der Kündigungszeit aber wurde ihnen nahegelegt, in den Werkverein einzutreten, dann könnten sie weiter arbeiten. So sind im Laufe der Zeit vierzig Arbeiter unter den wichtigsten Vorwänden entlassen worden. Da sich die Firma nicht zur Beachtung der Vertragsbedingungen verstehen konnte, kündigten die Metallarbeiter zum 25. d. M. — Der christliche Metallarbeiterverband „billigt“ nun dieses Vorgehen nicht; er gibt eine andere Sachdarstellung und sagt, er könnte für seine Mitglieder den Streit nicht befürworten. Dem ist nicht genug, wurden von Minden i. W. aus christliche Metallarbeiter nach Sarstedt vermittelt. Ein vom christlichen Werkverein von Minden nach Sarstedt übermittelter Arbeiter zog es nach Auffassung der Situation vor, dort nicht Arbeit zu nehmen. Ein zweiter Arbeiter aus Minden erklärte, daß er vor acht Tagen auf Veranlassung der christlichen Organisationsleitung die Arbeit in Minden niedergelegt habe. Er habe mit einer größeren Zahl ausgeperrter Arbeiter nach Sarstedt fahren sollen. Da sich weitere Arbeiter noch nicht gemeldet hätten, sei er zunächst allein auf Kosten des christlichen Verbandes nach Hannover geschickt und von dort durch einen Beamten des Verbandes mit einem Schreiben nach Sarstedt, von wo er nach Sarstedt gefahren sei. Auch dieser Arbeiter erklärte, von der Sachlage nicht unterrichtet zu sein, und bei der Firma nicht Arbeit nehmen zu wollen. Dem christlichen Metallarbeiterverband wurde das Ungehörliche der Sache vorgelegt und der Ange stellte verpöndelt, weitere Arbeiter nicht mehr zu schicken. Trotzdem kamen wenige Tage darauf abermals zwei Mann aus Minden. So vermittelt also die Christlichen ohne Scham Streikbrecher auch nach anderen Orten.

Neues vom Tage.

Der Darmstädter Urenträuber ausgebrochen. Ludwigshafen, 31. Jan. Der schwere Einbrecher Theodor Berg er aus Pösch bei Annabrod, der in Darmstadt den Uhren- und Goldwarenträuberei ausübte, der hier verhaftet wurde, ist aus dem hiesigen Amtsgerichtsgefängnis ausgebrochen. Es war dem Verbrocher gelungen, mit einem Keil der eisernen Gitter der Wand durchzubrechen und dem Spalt durch den Hof zu gelangen. Wie er aus dem vollständig ungeschlossenen Hof kam, ist noch nicht festgestellt. Der Bruder des Entflohenen befindet sich noch hier in Haft.

Schnelkurs. In der Nähe des bekannten Baderortes Oppedo bei Zittau wurde heute früh gegen 6 Uhr der 1. Personenzug der Strecke Zittau-Reichenau von dem orkanartigen Schneesturm erfaßt und sieben Wagen umgeworfen. Drei Reisende wurden erheblich verletzt.

Epistolog-Projekt. Das Reichsgericht beurteilte gestern den Kaufmann Wilhelm Ewald wegen Verrats militärischer Geheimnisse an die englische Admiralität zu 7 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Angeklagte war gefangen, im Dienste der englischen Admiralität gefangen und von dieser festes monatliches Einkommen bezogen zu haben. Er hatte Zeichnungen von Schiffen, Apparaten und verschiedenen anderen Gegenständen, deren Geheimhaltung geboten war, an England verraten.

Südpolar-Expedition. Berlin, 1. Febr. Der gestern in Berlin eingetroffene Leiter der antarctischen Expedition, Oberleutnant Fischer, teilte über die Ergebnisse der Expedition folgendes mit: Am 30. Jan. 1912 kam bei 76 Grad 37 Min. südlicher Breite und 80 Grad 25 Min. westlicher Länge neues Land in Sicht. Nach Süden zu dehnte sich eine ungeheure, endlose Eisfläche aus. Wir erreichten am 31. Januar, mittags 12 Uhr, eine mit Eis glatt überzogene Wüste. Hier im 77. Grad 48 Min. südlicher Breite und 84 Grad 39 Min. westlicher Länge errichteten wir eine Station. Infolge einer starken Springflut geriet die Eisdecke, auf der die Station ins offene Meer. Die beabsichtigte Landung wurde dadurch unmöglich gemacht. Der Plan, Südgeorgien zu erreichen und dort zu überwintern, um im nächsten Frühjahr aufs neue nach dem Süden aufzubrechen, war zunächst. Am 6. März kam das Schiff im Eise fest. Erst am 26. November gelang es die „Deutschland“ aus dem Eise zu befreien. Am 10. Dezember 1912 war die „Deutschland“ in Südgeorgien anker. Es wurden umfassende ozeanographische und meteorologische Beobachtungen vorgenommen.

Heimwärts... (unvollständig)

Verboten... (unvollständig)

Sonder... (unvollständig)

Paris... (unvollständig)

Baden... (unvollständig)

Mord... (unvollständig)

Die... (unvollständig)

Die... (unvollständig)

Darlanden. Einen originellen Fastnachtschurz konnte man gestern am hiesigen Vororte wahrnehmen. Bekanntlich ist doch die Straßenbahnverbindung mit der Residenz das Schmerzenskind der hiesigen Einwohnerschaft. Da nun die Süddeutsche Eisenbahngesellschaft schon im vorigen Jahr das Gleis von Grünwinkel nach Darlanden gelegt hat, aber bis jetzt noch nicht gefahren ist, so kamen einige hiesige Bürger auf die Idee, dieses Gleis für die Stadt, Straßenbahn zu benutzen. Man zimmerte einen Straßenbahnwagen zusammen, der an Schönheit und Ausstattung den Stadtbahnwagen nicht zuriicht. Im Innern des Wagens waren auch die bekannten Vorschriftenplakate, wie „Rauchverbot“, „Nicht auf den Boden spucken“ usw. angebracht und auch auf der Außenseite durfte das Plakat der Weissen Woche von Landauer nicht fehlen. Es wurden nahezu 1000 Bilette verkauft. Man beabsichtigt am Fastnachtsdienstag — vorausgesetzt, daß die Süddeutsche Eisenbahngesellschaft die Genehmigung dazu hergibt, den Wagen auf dem Gleis bis zum Winterdenkmal passieren zu lassen. Von dort aus wird er dann auf dem Marktplatz zur Beschäftigung aufgestellt.

Hoffentlich wird auch der Oberbürgermeister an dieser Beschäftigung teilnehmen, damit er sieht, daß das, was die Stadtverwaltung in 2 Jahren nicht fertig bringt, die Darländer von einem auf den andern Tag fertig bringt.

Tagung. Der Landesverband Baden des Bundes der Versicherungsvertreter Deutschlands hält am 8. Februar hier seine Jahresversammlung ab.

Einen Vortrag über Parsifal hielt letzten Dienstag Herr Heinz Franz, Lehrer an der Opernschule in Koblenz, im Museumsaal. Für Musikkenner und Musikstudierende brachte der Vortrag nichts Neues; um so wertvoller war er dagegen für diejenigen, die das zurzeit so vielgenannte und vielbesprochene Werk Richard Wagners nur dem Namen nach kannten. So gehörten 111 Opernwerke besprochen, die große Masse der Theaterbesucher hätte einen ganz anderen Genuß an diesen Werken. Herr Heinz Franz machte die besonders auf den billigeren Plätzen sehr zahlreich erschienenen Zuhörer zunächst mit der Geschichte, der Entstehung des Werkes bekannt, besprach dann eingehend dessen Inhalt, um dann sich eingehend mit der Musik des Werkes zu beschäftigen. Am Flügel machte er die Zuhörer mit den verschiedenen Motiven bekannt, einzelne Stellen der Partitur, Vorspiel, Scharfreiterszauber u. brachte er vollständig zu Gehör. Ueber den gegenwärtig todbenden Streit um Parsifal ließ er sich nicht aus; die also aus Neugierde und Sensationslust gekommen waren, kamen nicht auf ihre Rechnung. Wir wissen nicht, ob Herr Franz ein Anhänger oder Gegner der Freigabe des Werkes ist, sein Vortrag aber hat in uns und sicher auch in den Herzen der meisten anderen Besucher, die ebenfalls nicht in der Lage sind und auch wahrscheinlich nicht in die Lage kommen werden, sich das Werk in Bayreuth anzusehen, den lebhaften Wunsch und das lebhafteste Verlangen wachgerufen, daß wir recht bald Gelegenheit bekommen möchten, dieses schöne und eigenartige Werk im hiesigen Hoftheater uns ansehen zu dürfen. Mit dem Hüßgen, das Herr Franz uns übermittelt hat, wird die Aufführung uns sicher einen reinen Genuß bringen.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Der Gesangsverein „Bruderbund“ hält morgen abend seine närrische Familienunterhaltung im „Kühlen Krug“ ab. Diese Veranstaltung ist eine der beliebtesten des Vereins. Neben den Lichtbildervorträgen werden auch humoristische Vorträge zur Aufführung gelangen. Es sind also wieder einige vergnügte Stunden zu erwarten. Der Eintritt ist frei.

Die karnevalistische Soiree im „Friedrichshof“ verspricht nach den getroffenen Vorbereitungen einen schönen, echt festlich-mährigen Verlauf zu nehmen. Der Saal wird in vollständig neuer Aufmachung erscheinen. Die Wände erhalten karnevalistische Wandschmuck, eine Künzlerkapelle wird für Unterhaltung sorgen. Küche und Keller des „Friedrichshofs“ werden weiterhin ihr mögliches dazu beitragen, daß die Besucher einen angenehmen, schönen Abend erleben werden. Der Eintrittspreis wird voll in Zahlung genommen. Näheres siehe Inserat.

Zweiter städtischer Maskenball. „Stimmung“. Dieses von Danny Gürtler seligen Angebendens in Schwung gebrachte Wort hätte man als Motto zum zweiten „Städtischen“ über die Tore unserer städtischen Festhalle am letzten Samstag setzen können. Es herrschte ausgelassenste fröhlichste Stimmung allüberall; im großen Saale, wo sich die Paare in drangvoll fürchterlicher Enge nach den Klängen zweier ausgezeichneter zum Tanz aufspielender Ballorchester zu drehen versuchten, und nur zu oft mitsang der Versuch, im kleinen Saale, wo die Ballbäder und Ballmütter und andere Leute, die gerne ein „zurüdgezogenes“ Leben führen, bei Sekt und Wein und guten Speisen ein Schlemmerdasein führten, im Viertunnel, in der „Wünschener Bierstube“, wo es aber Wein gab, auf der Galerie, es gab überhaupt keinen Platz in der Festhalle, keine Ecke, die nicht von tanzfreudigen, festlich-frohen Ballbesuchern in Beschlag genommen worden war. Die nach 11 Uhr sich in Bewegung setzende Preispolonaise bot ein prächtiges Bild. Dieses Mal hatten die Preisrichter kein leichtes Amt, im Gegensatz zum ersten Maskenball, wo sie ihre Mühe und Not hatten, das Geld loszubringen. Die Anzahl der Preise hätte verdoppelt sein können, es hätte immer noch mancher Enttäufung für den oder jenen Preisbewerber gegeben, der hätte leer ausgehen müssen. Die von Herrn Oberstadtssekretär Lacher am 12 Uhr verkündeten Urteile des Preisgerichts wurden im allgemeinen beifällig aufgenommen. Das Resultat war folgendes:

- Herrenpreise:**
1. Preis: 80 Mf. bar: „Altes Haus“.
 2. Preis: 50 Mf. bar: „Rösel aus Tirol“.
 3. Preis: 40 Mf. bar: „Garlefin mit Laute“.
 4. Preis: 30 Mf. bar: „Weihnachtsmann“.
 5. Preis: 20 Mf. bar: „Trost für Jecher“.
 6. Preis: 10 Mf. bar: „Zukunftsbud“.
 7. Preis: 10 Mf. bar: „Wassertrübsüß“.
- Damenpreise:**
1. Preis: 80 Mf. bar: „Bamphr“.
 2. Preis: 50 Mf. bar: „Prinzessin aus Honolulu“.
 3. Preis: 40 Mf. bar: „Achtzehntes Jahrhundert“.
 4. Preis: 30 Mf. bar: „Ruppe in Rosen“.
 5. Preis: 25 Mf. bar: „Ihr mit beleuchtetem Turm“.
 6. Preis: 20 Mf. bar: „Schlaraffen-Prinzessin“.
 7. Preis: 15 Mf. bar: „Weiße Perle“.
 8. Preis: 10 Mf. bar: „Walgertraum“.
- Gruppenpreise:**
1. Preis: 130 Mf. bar: „Indier mit Köhnenbild“.
 2. Preis: 90 Mf. bar: „Einfährige Pfadfinder-Kavallerie“.
 3. Preis: 70 Mf. bar: „Parsifal“.

Der Balkan-Konflikt.

Der Ausschuß für die Verteidigung des Vaterlandes. Konstantinopel, 31. Jan. Auf Anregung des Komitees für Einheit und Fortschritt wurde nachmittags eine Versammlung zur Bildung eines Ausschusses für die

nationale Verteidigung abgehalten, an der ungefähr 800 Personen teilnahmen, darunter sämtliche Senatoren und Würdenträger der jungtürkischen Partei. Den Vorsitz führte Marshall Fuad. Es wurde eine Reihe vaterländischer Reden gehalten. Der muslimantische Publizist Agchajew, der aus Rußland stammt, jagte: „Wir haben Europa vor uns, aber hinter uns stehen 400 Mill. Moslim, die in Trauer sind und uns helfen wollen. Wenn wir untergehen, muß die Welt erschüttert werden.“ Die Versammlung legte einen ausführenden Ausschuß sowie weitere Ausschüsse ein zur Anwerbung von Freiwilligen, Schaffung von Ambulanzen, Aufklärung der öffentlichen Meinung, Eröffnung einer Sammelkiste und zur Gründung eines Unterausschusses für die Provinz. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der hervorgehoben wird, daß die inneren Zwistigkeiten, die einzige Stütze der Feinde, auf ewig begraben seien. Von nun an werde eine einzige osmanische Nation gegen den Feind stehen. Der Schluß lautet: „Alle werden Eigentum, Leben und Geist in den Dienst des Vaterlandes stellen. Dank diesen innern und äußern Kräften werden die fluchwürdigen Ziele unserer gegenwärtigen Feinde zunichte gemacht werden. Kein anderes Ziel lebt heute in den Gedanken der Osmanen. Es lebe die Vaterlandsliebe, es lebe die Einheit!“ — Der Großwesir hat tausend Pfund für die nationale Verteidigung gezeichnet.

Konstantinopel, 1. Febr. Der Oberbefehlshaber Nisid Pascha hat an alle Korpskommandanten der Armee einen Tagesbefehl gerichtet, in dem er zunächst seine Ernennung zum Oberbefehlshaber mitteilt und dann sagt: „Im Vertrauen auf den Bestand und die angeborene, ganz hervorragende Tapferkeit der türkischen Armee habe ich diesen hohen Posten angenommen, dem ich meine ganze Existenz weihen werde. Ihr alle wißt, daß alle unsere Feinde sehr grausam gegen uns handeln dadurch, daß sie höchst ungerechte Forderungen stellen. Das Leben und die Zukunft des Vaterlandes und die historische Ehre der Nation sind heute in unsern Händen anvertraut. Die Hoffnung und das Leben der Nation beruhen darauf, daß alle Mannschaften und Offiziere mit Todesverachtung ihr Leben der Erfüllung ihrer Pflicht als Soldaten weihen. Das Schicksal ruft uns heute auf, das Vaterland und die Regierung zu verteidigen. Laßt uns beweisen, daß wir würdige Söhne unserer Vorfahren sind, und daß das osmanische Blut nicht versiegt ist. Eine Nation, die entschlossen ist, für ihren Glauben und für ihr Vaterland zu sterben, hat immer Erfolg und lebt ewig.“

Konstantinopel, 1. Febr. In diplomatischen Kreisen glaubt man, daß der gemeinsame Schritt der Mächte unmittelbar bevorsteht. Dies Eingreifen werde jedoch aus Mangel an Zeit nicht schriftlich, sondern mündlich erfolgen. — Trotz der patriotischen Bewegung glaubt man noch an die Möglichkeit, die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu verhindern. Sollte es dazu kommen, so würden die Bulgaren nur Adrianopel angreifen, an der Tschataldschalinie jedoch untätig bleiben. Die Tatsache, daß seit dem Augenblick der Kündigung des Waffenstillstandes an der Börse beständige Kaufe herricht, macht Eindruck. — Ein Abendblatt berichtet von Vorpostenscharmühen an der Tschataldschalinie, die nach der Entsendung von Verstärkungen einen gewissen Umfang annahmen.

Letzte Nachrichten.

Die Bodenseeregulierung.

Konstanz, 31. Jan. Die hier abgehaltene internationale Konferenz zur Regulierung des Bodensees beschloß, eine Studienkommission einzusetzen, welche die Frage nach der technischen und wirtschaftlichen Seite zu prüfen und festzustellen hat, auf welche Weise die Wasserstände des Bodensees am besten reguliert werden können. Hierzu hat die schweizerische Regierung durch Vorlage eines Projektes in der Konferenz eine brauchbare Unterlage geliefert. Die Studienkommission, deren Mitglieder die beteiligten Regierungen noch zu ernennen haben, wird voraussichtlich Anfang April zusammentreten.

Die Bürgerschaftswahlen in Hamburg.

Hamburg, 1. Febr. Gestern fanden die allgemeinen Wahlen für die alle drei Jahre erfolgende halbjährliche Erneuerung der Bürgerschaft statt und zwar wählte diesmal die Stadthälfte links der Alster. Die Bürgerschaft besteht im ganzen aus 160 Mitgliedern. Es schieben also 80 Mitglieder aus. Von diesen entfielen auf die geistige allgemeine Wahl 40 Mitglieder, während je 20 in den nachfolgenden Notabeln- und Grundeigentümergebüden zu wählen sind. Auf die Stadtbezirke, die nach dem neuen Klassenwahlrecht wählen, entfallen 36 Kandidaten. Davon erhielten die Vereinigten Liberalen 8 Sitze, was gegenüber dem von ihnen zu verteidigenden Bestande einen Gewinn von 4 Sitzen bedeutet. Die Rechte erhielt 6 Sitze (+ 1), die Linke 7 Sitze (- 1). Die Sozialdemokraten behaupteten ihre bisherigen 10 Sitze. Die gesamten alten Fraktionen hatten sich sowohl untereinander als auch außerdem mit der neugegründeten konföderativen Vereinigung verbunden, die aber trotz dieses Bündnisses keinen Sitz zu erhalten vermochte. Dagegen ist es auf dieses Bündnis zurückzuführen, daß es der Rechten gelungen ist, einen Sitz mehr zu erhalten. Die noch übrigen vier Sitze entfielen auf das Landgebiet. Dort wurden je ein Vertreter der Rechten und des linken Zentrums wiedergewählt, während in den beiden anderen Bezirken die Vereinigten Liberalen in Stichwahl stehen und zwar in dem einen mit den Sozialdemokraten, in dem andern mit dem linken Zentrum.

Die Stichwahlen in Lippe.

Detmold, 1. Febr. Bei den 4 Stichwahlen zum Landtag zwischen Freimünnigen und Sozialdemokraten in der 3. Wählerklasse siegten die Freimünnigen, sodas sich der lippeische Landtag nunmehr endgültig wie folgt zusammensetzt: 10 Konervative, 2 Nationalliberale, 7 Freimünnige, 1 Christlich-Sozialer und 1 Sozialdemokrat. Der Besitzstand der Parteien ist unverändert geblieben.

Abreise der Balkandelegierten.

London, 1. Febr. Dr. Daneu jagte vor seiner Abreise einem Vertreter des „Neuerischen Bureau“, das bemerkenswerteste an der Lage sei die Einigkeit der Mächte und die Tatsache, daß niemand den Wunsch hege, sich die schwierige Lage im nahen Osten zunutze zu machen. Er sei überzeugt, daß alle Mächte ohne Ausnahme den Frieden wünschten und er schäbe die Bemühungen, einen Ausgleich zu fördern. Dr. Daneu wiederholte dann, daß die in der Antwortnote der Pforte aufgestellten Bedingungen ganz unannehmbar seien.

Verantwortlich: für Politik Wilhelm Kolb; für Lokales, Kommunales und Feuilleton Hermann Winter; für den übrigen redaktionellen Teil Hermann Kadel; für die Inserate Karl Ziegler; alle in Karlsruhe, Luitpoldstraße 24.

Wasserstand des Rheins.

3. Februar.
Schusterinsel 2.10 m, gest. 82 cm, Rehl 3.00 m, gest. 15 cm, Maxau 4.72 m, gest. 23 cm, Mannheim 4.18 m, gest. 30 cm.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. („Kassatia“) Morgen, Fastnachtsdienstag, abends 6 Uhr, im „Auerhahn“, großer Schlussummel mit Vorträgen, Gesang und Tanz. 5106
Karlsruhe. (Arbeiterradfahrerband „Solidarität“) Morgen, Fastnachtsdienstag, von 5 Uhr an gemeinsames Zusammensein im Vereinslokal, Kaiserstr. 13. 5106

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Straßburg i. E.
Bureau: Helenengasse 14. Telefon 2483.

Achtung! Bauarbeiter!

Die Arbeiter an dem Fort-Neubau bei Neumühl (Amt Rehl), Bauausführende Firma J. Göb aus Straßburg, haben am 1. Februar einmütig die Arbeit niedergelegt.

Die Ursache war: unmenschliche Antreiberei, Verweigerung eines Unterfunktdraumes und schlechte Lohnzahlung. Der Stundenlohn betrug durchschnittlich 7 Pf. weniger wie in dem eine halbe Stunde entfernten Rehl. Ueber den Fort-Neubau bleibt so lange

die Sperre verhängt

bis die berechtigten Forderungen der Arbeiter anerkannt sind. Wir eruchen die Bauarbeiter, besonders im badischen Gebiet, Zuzug streng fernzuhalten.

5108 Der Zweigvereinsvorstand.

Festhalle Durlach.

Fastnacht-Dienstag:
Dessentlicher
Maskenball
mit Française-Einlagen
(Gutbesetztes Orchester) 5100
wozu höflichst einladet W. Zipper.

Gasthaus „Blume“ Durlach.

Fastnacht-Dienstag:
Großer öffentlicher
Masken-Ball.
Verstärktes Orchester. :: Française-Einlagen.
Anfang 3 Uhr. Ende 2 Uhr.
Speisen und Getränke in bekannter Güte.
Es ladet freundlichst ein 5102
Fr. Mannherz, Metzger und Gastwirt.

Durlach.

Gasthaus z. Lamm
Fastnacht-Dienstag
Großer
Öffentlicher Maskenball
bei gutbesetztem Orchester.
Anfang 3 Uhr. Ende 2 Uhr.
Zum Besuche ladet freundlichst ein 5101
Kaspar Strubel.

Photogr. Anstalt
Werderstr. 31, liefert
Kostum-Bilder
12 Visit Glanz von 1.80 „ an
Cabinet Glanz v. 4.80 „ „
Postkarten „ v. 2.50 „ „
Maskenanzug „ Dolländer“ sowie einen
Crown-Anzug für Knaben von
10-12 Jahr. ist billig zu verk.
Zu ertr. Radolfstr. 9, St. IV.
Stuhlfluchtere
Zu haben in allen Apotheken
und Drogerien. 5066 K. Lauinger, Marienstr. 75, 4.

Bekanntmachung.

Wettbewerb für die Bebauung des Geländes des alten Hauptbahnhofes und des Festplatzes betr.

Auf unser Ausschreiben vom 19. Oktober v. Js. sind zu dem vorgeschriebenen Zeitpunkt (15. Januar ds. Js.) 41 Entwürfe für die Gestaltung und Bebauung des Geländes des alten Hauptbahnhofes und des Festplatzes eingelaufen. Das Preisgericht für den Wettbewerb, bestehend aus den Herren Finanzminister Dr. Rheinboldt, Erzellenz, Oberbürgermeister Siegrist, Professor Th. Fischer in München, Architekt und Professor Bonak in Stuttgart und Stadtbauinspektor Eisenlohr in Straßburg, ist am 31. v. Mts. im kleinen Rathhause zusammengetreten und hat in der Sitzung am 1. ds. Mts. einstimmig beschlossen, von der Erteilung eines 1. Preises abzusehen, da keiner der in Betracht kommenden Entwürfe als vollständige Lösung der gestellten Aufgabe angesehen werden konnte. Es wurden 3 Preise von je 2000 M. den nachfolgenden Entwürfen zuerkannt:

- dem Entwurf Nr. 23, Kennwort „Weihnachtsillusion“
- dem Entwurf Nr. 26, Kennwort „Mensch und Platz“
- dem Entwurf Nr. 40, Kennwort „Genius loci“.

Als Verfasser der preisgekrönten Entwürfe ergaben sich: für den Entwurf Nr. 23 Herr Architekt und Kunstmaler Wilhelm Ringenfelder, Friedenstr. 20, für den Entwurf Nr. 26 Herr Architekt Ernst Staiger, Kapellenstr. 42 und für den Entwurf Nr. 40 Herr Dipl.-Ingenieur Hans Schmidt, Amalienstraße 79.

Außerdem empfiehlt das Preisgericht zwei Entwürfe zum Ankauf und zwar in erster Linie den Entwurf Nr. 13, Kennwort „Die schlafende Stadt“, und in zweiter Linie den Entwurf Nr. 41, Kennwort „Mehr Luft und Licht, Anlagen und Gärten, weniger Straßen und Staub“.

Sämtliche Entwürfe können von Montag, den 3. d. M. an bis einschließlich Montag den 10. ds. Mts. täglich von 11—4 Uhr in der Aula der Technischen Hochschule (Eingang Englerstraße) besichtigt werden.

Karlsruhe, den 1. Februar 1913.
Der Stadtrat: 5093
Siegrist. Sachr.

Bekanntmachung.

Einem Wunsche der Arbeiterschaft nachkommend, fährt der erste Frühzug ab Weierheim vom 3. Februar 1913 ab 5 Uhr 53 Min. (anstatt 5 Uhr 58 Min. wie bisher), jedoch derselbe den Anschluß an den zweiten Frühzug nach dem Rheinbasen erreicht.

Karlsruhe, den 31. Januar 1913.
Städtisches Straßenbahnamt. 5069

Feuerbestattungsverein Karlsruhe (e. V.)

Alle Anhänger der Feuerbestattung laden wir hierdurch zum Eintritt in unsern seit 12 Jahren bestehenden, über 600 Mitglieder zählenden Verein ein.

Jahresbeitrag 3 Mk. Für Mitglieder Herabsetzung der Einäscherungstaxen in allen 3 Bestattungsklassen auf die Hälfte.

Anmeldungen an Oberbuchhalter **Wildenthaler** (Rathaus). 3785

Hensels Kunstspeisefett

das Beste u. Billigste zum **Braten Kochen Backen**

Für **Fastnachts-Küchle** etc. ganz hervorragend geeignet und von der sparsamen Hausfrau mit Recht bevorzugt!

1 Pfd. 58 J., 5 Pfd. à 55 J.
10 Pfd. à 52 J., 20-25 Pfd. à 50 J.

Erhältlich in allen Filialen.
Grosser Versand nach auswärts in 5 und 10 Kilogramm.

Gebrüder Hensel, Hofflieferanten, Karlsruhe i. B.

Aus einem äußerst günstigen Gelegenheitskauf empfehlen wir so lange Vorrat reicht

Fahrrad-Laufdecken Stück Mk. **2.50**

Fahrradhaus „frisch auf“
Aldersstraße 8. Filiale Karlsruhe. Tel. 3196.

Verband der Gemeinde und Staatsarbeiter.

Fastnacht-Dienstag, den 4. Februar, abends 5 Uhr, in der „Kronenhalle“

humor. Familienabend

unter Mitwirkung des bekannten Nächstleichen Klavierforschers, sowie aller zur Verfügung stehenden Verbandshumoristen. Wo zu wir unsere Mitglieder mit Angehörigen freunbl. einladen.

5098 Der Vorstand.

„Goldene Krone“.
Amalienstraße 16, Ludwigplatz. 5089

Morgen Fastnacht-Dienstag von 4—11 Uhr

Große Karnevalkonzerte

im unteren und oberen Lokal (Saal)
Harmonie-Orchester
wozu höflich einladet C. Schwaibold.

Müllabfuhr.

Am Nachmittag des Fastnacht-Dienstag wird kein Müll abgeholt. In den hierbei in Betracht kommenden Straßen findet die Müllabfuhr am darauffolgenden Tag, Mittwoch, den 5. Februar d. Js., statt.

Karlsruhe, 31. Januar 1913.
Städtisches Tiefbauamt.

Mehl-Zentrale Karlsruhe

Inh. Bernh. Kranz

Berndorfstr. 37, Ludwigpl. 65
Hartstr. 7, Waldhornstr. 48.
Ab Auf. Febr. Rudolfstr. 15.

Schweinefett

deutsches, garantiert rein, per Pfund 75 Pfg. in 9 Pfund-Eimer per Pfund 73 Pfg. in 25 Pfund-Rübel per Pfund 70 Pfg. in 50 Pfund-Rübel per Pfund 69 Pfg.

Pflanzenfett

weiß und gelb, Marke **Widemann**, das Beste, was geboten wird, per Pfund 55 Pfg.

Süßrahm-Margarine

Marke **Sennerci**, per Pfund 86 Pfg. Marke **Francusol**, per Pfund 76 Pfg.

Palmin und Sanella

in 1/2 und 1 Pfd.-Paleten.

Baköl

per Liter 85 Pfg.

Neueröffnung anfangs Februar
Rudolfstr. 15.

Eilt! Garantiert!

15. Februar Ziehung der **Badischen 1 Mk. Geld-Lotterie**

Geldgew. bar ohne Abz. **45 800 Mk.**
Hauptgewinn **20 000 Mk.**
127 Geldgewinne zus. **13 000 Mk.**
3160 Geldgewinne zus. **12 800 Mk.**

Lose à 1 M. Porto u. Liste 25 g empfiehlt Lott.-Untern.

J. Stürmer
Strassburg i. E. Langstrasse 107.
In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstrasse 11/15, Woerner & Wehrle, Karl Friedrichstrasse 2, Gebr. Gähringer, Kaiserstr. 60, E. Flägel, J. Daringer, und alle Losverkaufsstellen. 4691

Zu vermieten.

Auf 1. März und 1. April sind **2 schöne Wohnungen** mit je 2 Zimmer, Küche und Keller, mit Gas und Wasserleitung billig zu vermieten. Die erste Wohnung kann eventuell auf 15. Februar vermietet werden. Ebendasselbst ist eine größere Werkstätte 5094 zu vermieten. Näheres bei **J. Madlener** Ruppurrerstraße 20.

Wolldecken Kamelhaardecken

4448 sind enorm billig abzugeben.
Kaiserstraße 133
1 Treppe hoch
Eingang Kreuzstr. 5. d. H. Ritche.
Näppurrerstr. 23. S. St. r. ist ein möbl. Zimmer zu vermieten. 4953

Brantlente

erhalten für **545 Mk.**

eine komplette Brautausstattung. Diefelbe besteht aus: Schlafzimmer: 2 engl. Bettstellen, 2 Patentstühlen, 2 dreiteiligen Matrasen, 2 Schoner, 2 Wölfer, 1 zweistöckiger Spiegelschrank mit Kristallglas, Waschkommode mit weißer Marmorplatte, Toilettenstempel, Nachttisch mit Marmorplatte, 2 Stühle, Handtuchständer.

Wohnzimmer: Plüschdivan, Tisch mit Eisenplatte, 4 Stühle, Vertiko mit Kristallfacettglas, Haussegen.

Kücheeinrichtung: Küchenschiff mit Messingverglasung, Tisch, 2 Stühle, Dofel, Schaf.

Mit 2 Oberbetten und 4 Kissen 80 Mk. höher. Die Möbel sind unbeschädigt poliert und gebe für solide Ware extra Garantie.

Können auch längere Zeit zurückgestellt werden. 4897

Möbelhaus
22 Waldstraße 22.

Stadt. Badanstalt (Vierordtbad) Karlsruhe.

Medizinische Bäder.

Fichtennadel-Salz (Rappenaauer oder Stassfurter). Mutterlauge u. Schwefel (Thiopinol)-Bäder.

Badezeit an den Werktagen: Vormittags 1/8 Uhr bis 8 Uhr abends. Auch über Mittag geöffnet.

An den Samstagen bis 9 Uhr. Sonntags 1/8—12 Uhr.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten vom 22. bis 27. Januar: Erna, B. August Beckh, Eisenbahnsekretär. — Helmut Karl, B. Karl Gerde, Roder. — Ruth Wilhelmine Emma, B. Fried. Kaufmann. — Albert Ludwig, B. Lud. Rittershofer, Geizer. — Frieda Elise, B. Wilhelm Kern, Wirt. — Herbert, B. Walter Müll, Kaufmann. — Franz, B. Adolf Schmidt, Metzger. — Herbert Ferdinand Franz, B. Franz Berg, Kaufmann. — Karl Martin, B. Wilhelm Rudolph, Kaufmann. — Gottfried Friedrich, B. Gottfr. Weber, Tagelöhner. — Anna Elise, B. Paul Ungert, Outmacher. — Marianne Josefina, B. Ernst Wepler, Metzgerei. — Alfred Friedrich, B. Joh. Winkels, Werkmeister. — Mathilde Anna Agatha, B. Leo Fischer, Postassistent. — Emil, B. Leopold Wenzel, Schlosser. — Adolf Heinrich, B. Heinr. Sted, Monteur. — Elfriede B. Franz Berg, Chauffeur. — Alfred Emil Heinrich Wilt, B. Emil Reib, Professor. — Helmut Franz Adolf, B. Franz Reichiger, Maschinenmeister. — Friedrich Wilhelm, B. Friedrich Sieber, Wirt.

Todesfälle vom 27. bis 30. Januar: Anna Widoiff, Ehefrau des Buchbindermeisters Christian Widoiff, alt 70 J. — Josef Hermann, Tagelöhner, ledig, 56 J. — Gertrud Lang, Ehefrau des Maurers Joh. Lud. Lang, alt 67 J. — Johann Alois, alt 4 Mon., B. Eduard Ansel, Tagelöhner. — Pauline Kohn, Witwe des Fabrikanten Albert Kohn, alt 72 J. — Elise Weichelt, Fried., alt 69 J. — Maria Mohr, Buchhalterin, ledig, alt 27 J. — Margarete Bodermann, Witwe des Oberleutnanten August Bodermann, alt 62 J. — Arthur, alt 1 Mon., B. Adolf Goldstein, Metzger. — Karl Friedrich Bodamer, Gasarbeiter, Ehemann, alt 60 J. — Magdalena Schiff, Witwe des Landwirts Joh. Jakob Schiff, alt 80 J. — Phil. Dittlo, Zimmermann, Witwer, alt 75 J. — Emma Beder, Ehefrau des Marktmeisters Joh. Beder, alt 69 J.

Pfannkuch & Co.

Frisches **Obst.**

Der erste Wagon

Spanische Blut-Orangen
St. 5, 6 u. 7 Pfg.

Saffa-Orangen
Stück 8 Pfg. extra große St. 10 u. 12 Pfg.

Spanische Orangen
St. 4, 5 u. 6 Pfg.

Französische Tafeläpfel
3 Pfd. 30 Pfg.
3 „ 35 „
3 „ 40 „
3 „ 45 „

feinste Reinetten Pfd. 20 Pfg.

Almeria-Trauben
Pfund 60 Pfg.

Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.
In den bekanntesten Verkaufsstellen

Zu verkaufen: Sofa 12 Mk., neu bezogen 18 Mk., vollerte Tisch 9 u. 10 Mk., halbfrau Bett, bereits neu, Küchenschiff, Waschtische, Nachtschrank billig. Ludwig Wilhelmstr. 18, Hof.

Strickmaschine, fast neu, billig zu verk. Sofienstr. 56, St. III.

Brauerei C. FRANZ Rastatt.

TRINKT FRANZ-BIER!

Städtische Festhalle Karlsruhe.

Fastnacht-Dienstag, den 4. Februar 1913
in den glänzend beleuchteten Sälen der Festhalle:



Großer Kostüm- Bürger-Ball



Konzert- und Ballmusik:
:: Die Leib-Grenadier-Kapelle ::

Leitung:
Herr Musikmeister Walter Bernhagen.

Von 12 Uhr an in der „Münchener Bierstube“: Unterhaltungsmusik.

Photograph, Kostümverleih-Gelegenheit, Friseur und Blumenverkauf im Hause.

Zutritt zum Ballsaal nur im Kostüm oder Ballanzug.

Masken und anständige Kostüme unter allen Umständen ausgeschlossen.
Hierüber wird strenge Kontrolle gelibt.

Eintrittskarten für Damen und Herren zu 2 Mk. (für Saal und obere Galerie).

Im Vorverkauf bei den Herren Kaufmann G. Best, Karl Friedrichstraße 82 und Kaiserstraße 113, Ede Adlerstraße; Hospitantier Fr. Vetsch, Woltstraße 81; Hoflieferant H. S. Dietrich, Kaiserstraße 179a; Hoflieferant C. Feigler, Herrenstraße 21; Kaufmann G. Flüge, Kaiserstraße 51; Kaufmann D. Freundlieb, born. E. Dahlemann, Kaiserstraße 185; Hofjäger H. Frey, Kaiserstraße 99; Kaufmann F. Kühnel, Durlacher Allee 4; Kürschnermeister A. Lindenlaub, Kaiserstraße 191; Kaufmann S. Mehle, Ede Karl Friedrich- und Kaiserstraße und Ede Kaiser- und Westendstraße; Kaufmann A. Morlok, Kaiserstraße 75 und Karl Friedrichstraße 26; Kaufmann G. Schneider, Herrenstraße 12; Kaufmann Karl L. Schweifert, Ede Kaiser- und Waldstraße; Kaufmann A. Steinmann, Werberstraße 42; Kaufmann Chr. Wieder, Kriegsstraße 3a; bei Geschwister Moos, Internationaler Postkartenverlag, Kaiserstraße 96, sowie im Kiosk des Verkehrsvereins, beim Hotel Germania.
Preis der Karten am Ballabend an der Festhalleskasse Mk. 2.50.

Saalloffnung 6 1/2 Uhr. Beginn 7 Uhr. Ende 4 Uhr.

Zugang zum Saal und zur oberen Galerie durch den Anbau rechts vom Hauptportal, zur oberen Galerie außerdem über die neuen Galerietreppen rechts und links vom Hauptportal.

Musikprogramm zu 10 Pfg. am Saaleingang. Vorbehaltene Restaurationsplätze (im kleinen Saal und auf der unteren Galerie im großen Saal) zu 50 Pfg. für den Sitz werden von der Ballkommission auf vorherige Bestellung abgegeben. Im übrigen ist das Belegen von Plätzen nicht gestattet.

Kinder im schulpflichtigen Alter ausgeschlossen. Verboten ist das Werfen mit Papierfächern, Konfetti und dergleichen in den Saal und Nebenräumen, das Rauchen im Tanzsaal, das Tanzen in den Speisefälen, das Mitführen von Tieren.

Kontrollmaßnahmen: Die Abchnitte an den Karten werden vor dem Betreten der Ballräume vom Kontrollpersonal abgetrennt und zurückgehalten. Karten ohne Kontrollabchnitte sind ungültig. Die Karten selbst sind sorgfältig aufzubewahren und auf Verlangen des Kontroll- und Aufsichtspersonals vorzuzeigen. Wer ohne Karte betreten wird, hat Ausweisung zu gewärtigen. Wer die Festhalle vor Beendigung desalles verläßt, verliert die Berechtigung zum Wiedereintritt mit der entwerteten Karte. In besonderen Fällen werden vom Kontrollpersonal Berechtigungsscheine für den Wiedereintritt ausgestellt.

Gesangverein „Bruderbund“ Karlsruhe-Mühlburg.

Samstag, den 15. Februar 1913, abends 7,9 Uhr,
findet unsere

jährliche General-Versammlung

statt. Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht
2. Anträge und Verschiedenes
3. Neuwahlen.

Hierzu laden wir unsere aktiven und passiven Mitglieder freundlichst ein und bitten um vollzähliges Erscheinen. Anträge wolle man schriftlich bis zum 14. ds. Mts. beim Vorstand einreichen.

Der Vorstand.

Während der Weissen Woche

gebe auf sämtliche
Herren-Anzugstoffe, Ulsterstoffe,
Paletotstoffe, Hosenstoffe

15% Rabatt.

Günstige Gelegenheit für Kommunikanten und Konfirmanden.

Arthur Baer

Kaiserstrasse 133, 1 Treppe hoch.

Eingang Kreuzstrasse, bei der kl. Kirche.

Pfannkuch & Co

Abschlag!
Frish gewässerte
**Stock-
fische**

Dfd. 23 Pfg.

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
In den bekanntesten
Verkaufsstellen.

Waschen u. Putzen über-
nimmt
junge Frau für mehrere Tage in
der Woche. Durlacherstr. 46, II.

Hotel-Restaurant
„Friedrichshof“
Fastnacht-Dienstag von 7 Uhr an
Elegante
Karneval. Soiré-Dansante
im Festsaal.
Vollständig neue Aufmachung.

Menü.
Frischer Helgoländer Hummer
oder: Royal-Natives-Austern
oder: Kaiser-Beluga-Caviar
Huhn nach Marengo-Art
Lendenbraten
Salat und Compot
Friedrichshof-Bombe - Waffeln.

Eintritt pro Person Mk. 4.—.
Die Karte wird voll in Zahlung genommen.
Es wird gebeten, Plätze event. Nischen rechtzeitig
zu bestellen.

5088

Backöl
per Liter M. —.90 und
M. 1.—.

Pflanzenfett
per Pfund M. —.60.

Schweineschmalz
Balmin,
Zweischgen
per Pfund M. —.40 und
M. —.50.

**Dürrobst-
Melange**
per Pfund M. —.40 und
M. —.50.

**Dampfpfäfel,
Birnen-schnitze
Heidelbeeren**
usw. 5087
in feinsten Qualitäten
empfiehlt die Drogerie

Früh Reis,
Ede Müppurer- und
Luffenstrasse 68.

**Masken-
Kostüme**
franz. Väuerin, Roulett und
Domino billig zu verkaufen
oder zu verleihen. 4967
Kaiserstraße 71, 4. St. r.

Arbeiter-Diskussionsklub.
Fastnacht-Dienstag, den 4. Februar 1913: 5097
Ausflug nach dem Thomashof.
Treffpunkt in Durlach, Haltestelle der Straßenbahn, um 7,3 Uhr.
Teilnahme von Gästen erwünscht. Der Vorstand.

Restaurant „Goldener Adler“
Spezialauschank der Brauerei Kammerer.
Jeden Montag und Donnerstag

Schlacht-Tag.
Hochachtend: Ernst Müller.

Gebrüder
Scharff

Karlsruhe: Amalienstr. 25a
Wilhelmstr. 30
Rheinstr. 34a.
Knielingen. Teutschneureut.

**Preisermässigung
auf
Fettwaren.**
(Gültig bis Fastnacht).

Pflanzenfett, gelb	statt 56	54	p. Pfund
Schweineschmalz	statt 72	68	p. Pfund
Margarine, Qualität I Rhein-	perle	statt 90	86 p. Pfund
„ Qualität II		statt 80	76 p. Pfund
„ Qualität III		statt 68	64 p. Pfund
Backöl (feinste Marke)			88 p. Liter

Mehl: 06 0 I
20 19 18 p. Pfund
4992

Trinkt Union-Bier!
ff. helle Export- und ff. dunkle Lagerbiere
in der Brauerei auf Flaschen gezogen. 3632
Telefon 264. Union-Brauerei Karlsruhe.